

**Bezugspreis:**  
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M.,  
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezug: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M.,  
Zustellungsgeld für Deutschland, Dänzig, das Saar- und  
Rheinland, sowie die ehemals deut-  
schen Gebiete Polens, Österreich,  
Ungarn und Luxemburg 2,00 M., für  
das übrige Ausland 2,50 M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Bana-  
t, Serbien, Rumänien, Schweden  
und die Schweiz.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Volk und Welt“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimkehr“ und der  
Beilage „Gedanken und Kleinanzeigen“  
erscheint wochentäglich zweimal, Son-  
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Der achtspaltige Normalzettel  
kostet 5,00 M. „Kleine Anzeigen“  
das festgedruckte Wort 1,50 M. (au-  
ßerhalb zwei festgedruckte Worte), jedes  
weitere Wort 1,00 M. Stellengröße  
und Schließensatzungen das erste  
Wort 1,00 M., jedes weitere Wort  
60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Seite 2. —  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeld.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Bauverlag, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schluß  
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Dienstag, den 12. April 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 93 - 54

## Stegerwalds Verpflichtung.

Nach einem Telegramm des WTB. berichtet die „Kölnische Volkszeitung“, das rheinische Zentrumsorgan:

In verschiedenen Blättern wurde behauptet, daß Ministerpräsident Stegerwald irgendwelche Bindungen eingegangen sei und sich auf eine bestimmte Koalition verpflichtet habe. Der „Vorwärts“ behauptet, die Sozialdemokraten hätten für Stegerwald erst gestimmt, nachdem das Zentrum die Zustimmung gegeben hätte, Stegerwald würde sofort zurücktreten, falls er keine Regierung zustande bringe, die die Zustimmung der Sozialdemokraten finde. Demgegenüber läßt sich die „Kölnische Volkszeitung“ von zuständiger Stelle bestätigen, daß der Zentrumsführer Dr. Porck die anderen Parteien nicht im geringsten im Zweifel darüber gelassen hat, daß der neue Chef der preussischen Regierung vollständig freie Hand haben müsse. Von Stegerwald selbst könnten schon um deswillen die behaupteten Bindungen nicht eingegangen worden sein, weil er den übrigen Parteien erst kurz vor der entscheidenden Landtags-Sitzung als Kandidat präsentiert worden ist.

Die Darstellung der „Kölnischen Volkszeitung“ ist in höchstem Maße tendenziös und irreführend. Es soll der Anschein erweckt werden, als ob der „Vorwärts“ über die Verpflichtungen falsch berichtet habe, die das Zentrum vor der Wahl Stegerwalds über dessen evtl. Rücktritt eingegangen ist. Wir betonen demgegenüber, daß wir unsere Darstellung Punkt für Punkt aufrecht erhalten: von den Vertretern der preussischen Zentrumsfraktion ist nicht einmal, sondern bei mehreren Gelegenheiten in der bestmöglichen Weise zugesichert worden, daß Stegerwald sofort zurücktreten werde, falls ihm nicht die Bildung einer Regierung gelingt, die die Zustimmung der Sozialdemokratie findet. Daran ist nicht zu drehen und nicht zu deuteln.

Wir begnügen uns heute mit dieser Feststellung; sollte sie nicht genügen, um das törichte Gerücht endlich zum Verstummen zu bringen, so müßten wir einmal ausführlicher auf die Dinge eingehen.

## Scheidemann zur politischen Lage.

Mannheim, 11. April. Heute abend um 7 Uhr fand im Ribbeckensaal eine von der SPD. einberufene Versammlung statt, in der Oberbürgermeister Scheidemann u. a. über die politische Lage sprachen. Zunächst erinnerte der Redner an die jüngsten Kommunisten-Bußche. Obwohl der Aufruhr glücklicherweise niedergeschlagen ist, komme schon wieder die Gefahr: Sturmtrieben unter das Kinn! Scheidemann kam dann auf die Sondergerichte zu sprechen, denen mit Mißtrauen von Seiten der Arbeiter begegnet werde, dem angelegentlich der Freisprechungen oder lächerlich milden Bestrafungen von Offizieren und Studenten eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden könnte. Der Arbeiter sehe in der heutigen Rechtsprechung eine Klassenjustiz. Diese Umwälzung könne erst ausgerollt werden, wenn wirkliche Volksgerichte geschaffen worden sind. Mit der Wiedereinführung der absoluten Rechtsgleichheit nähmen wir an, daß unter Volk auch verständig genug sei, auf jede Gewaltanwendung zu verzichten. Aber kaum waren die neuen demokratischen Rechtsverhältnisse eingeführt, da erhoben sich schon Widerstände, die sich mit Gewalt als Regenten aufwerfen wollten. Gewalt konnte nur mit Gewalt begegnet werden. So entstand die neue Reichswehr, deren eigentliche Väter Liebknecht und Ledebour heißen, nicht aber Kossel. Ungeachtet der Zustände im Innern steht jede Reichsregierung vor der schwersten Aufgabe. Diese Aufgaben können aber nur von einer Regierung gelöst werden, die auch Autorität hat. Autorität kann aber nur eine solche Regierung haben, die das Vertrauen des arbeitenden Volkes genießt. Vertrauen kann aber das Volk nicht haben zu einer Regierung, in der Männer sitzen, die nicht einmal auf dem Boden der Verfassung stehen, die die Verfassung vor aller Welt abgelehnt haben.

Oberste Aufgabe der Regierung ist der Schutz und die Durchführung der Verfassung. Wie kann eine solche Aufgabe gelöst werden von Angehörigen einer Partei, die die in der Verfassung anerkannte Republik schänden und ausbauen soll, wenn sie selbst monarchistisch ist. Damit bin ich bei einer der schwierigsten Fragen der Reichspolitik angelangt. In der Reichsregierung sitzen nämlich neben Demokraten und demokratischen Zentrumsmitgliedern die Genossen der Herren Stinnes und Stresemann. Könnte etwas an einer solchen Regierung gebessert werden im Reichsinteresse durch den Hinzutritt der Sozialdemokraten? Nein. Nicht einmal die Regierung des zweitgrößten Landes, die Regierung Bayerns hat Vertrauen zur Reichsregierung. Sie steht vielmehr in Opposition, wenn sie preist auf die wichtigsten Beschlüsse in der Entwaffnungsfrage. Wenn in die preussische Regierung, was jetzt verlangt wird, auch die Volkspartei noch eintreten sollte, dann wird — wie im Reich die gesamte Politik — so in Preußen auch die Verwaltung des Landes verflinnet.

Der Verwaltung des Landes verflinnet werden. Das ganze Volk hat das größte Interesse daran, daß sowohl im Reich wie in allen Gliedstaaten die Sozialdemokratie an den Regierungen beteiligt ist. Das ist aber nur dann möglich, wenn die Regierungen wenigstens in zwei Grundfragen vollständig einig sind:

Politisch das klare Bekenntnis zur Verfassung und dann auch zur demokratischen Republik, wirtschaftlich die Zustimmung zur Sozialisierung des Bergbaues.

Ich habe schon einmal auf die Stellung Eberts in der jetzigen Reichsregierung hingewiesen — sie erscheint mir vollkommen unhaltbar, wenn er ausschließlich die nichtsozialistische Regierung mit seinem sozialdemokratischen Namen bedecken muß. Daß die Partei auf ihren früheren Vorstehenden Rücksicht nehmen muß, ist selbstverständlich. Aber diese Rücksichtnahme muß da ihre Grenze finden, wo die Interessen der Partei und des Volkes — für mich sind das identische Interessen — gefährdet werden. Ich bin überzeugt, daß unsere Partei nicht daran denkt, den links von uns operierenden Parteien und Gruppen das Weitervegetieren zu erleichtern durch eine nicht absolute Politik.

Redner bespricht sodann die außenpolitische Lage und sagt: Ich weiß, daß Dr. Simons als ehrlicher und aufrichtiger Mann in London gehandelt hat. Er hat aber den Demagogen auf der anderen Seite die Arbeit leicht gemacht, indem er ihnen die Möglichkeit gab, diese Gegenüberstellung zu machen: Wir fordern 226 Milliarden, Ihr aber bietet 30 Milliarden. So verhöhnen uns die Deutschen.

Redner kommt dann auch auf den Kohlenstreik in England zu sprechen. Es ist lächerlich, was für Schwierigkeiten man uns wegen der Schutzpolizei macht, wenn man sieht, wie Lord George seine bemanneten Heerhaufen mobilisiert gegen streikende Arbeiter, und das in einem feindlichen Lande ohne Kopfschütteln. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Englands sind einig über das, was von Deutschland verlangt und was auch geleistet werden kann, Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Material und Arbeitsleistung; daß darüber noch Geldleistungen aufgebracht werden müssen, hat Dr. Simons in seinem Briefwechsel mit Amerika klar ausgesprochen. Die beste Stütze in unserer Bestrebungen, eine Revision des Friedensvertrages zu erreichen, sind die Arbeiter in den Entente-Staaten. Die internationalen Beziehungen zwischen den Arbeitern zu pflegen, ist deshalb eine wichtige Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Redner richtet dann eine Mahnung an die Arbeiterklasse zur größeren Einigkeit. Um die Gefahren für die Republik von rechts und links auf die Dauer bannen zu können, bedarf es einer zielklaren und entschlossenen sozialdemokratischen Partei.

## Englands Krise.

Eine Reutersmeldung behauptet, daß in allen Distrikten außer Liveshire die Pumpen wieder bedient werden, daß es in Südwales besonders ruhig und die meisten Schächte zur Wiederaufnahme der Arbeit seien. Dagegen berichtet der sozialistische „Daily Herald“ aus Dublin, das Exekutivkomitee der Sinnfeiner habe beschlossen, die Freiheitsbewegung der britischen Arbeiterklasse durch einen Feldzug gegen die britische Gewalt Herrschaft in Irland sofort und tatkräftig zu unterstützen. Die Maßnahmen der Regierung zur Bildung einer freiwilligen Schutzpolizei, die von den Arbeitern als eine Art weiße Garde angesehen wird, haben nach der Denkfähigkeit Erbitterung hervorgerufen. Aus Nordwales liegen bereits Nachrichten vor, daß die Arbeiter dort die „Weißgardisten“ durch Steinbombardements verjagt haben. Die allgemeine Zerstörung der Gruben schreite langsam aber sicher vorwärts.

London, 11. April. (Reuters.) Die Konferenz zwischen Regierung, Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern, die heute morgen stattfand, ist nach einer Rede Lloyd Georges am nachmittag vertagt worden. In dieser Rede legte Lloyd George beiden Parteien nahe, ein Komitee zur Prüfung der Verhältnisse zu ernennen und das Ergebnis der Konferenz am nachmittag zu unterbreiten.

## Die Kohlenpresse.

Paris, 11. April. (WTB.) In diesem Augenblick finden in Paris Verhandlungen statt zwischen der Reparationskommission und den Vertretern der Kohlenindustrie. In Erwartung eines allgemeinen Lieferungsplanes hat die Reparationskommission bestimmt, daß auch für April wie für Februar und März 2 200 000 Tonnen geliefert werden sollen. Die deutschen Delegierten haben eine Denkschrift überreicht, in der verlangt wird, daß das monatliche Lieferungsquantum herabgesetzt werden möge.

## Wo bleiben die Kriegsprozesse?

London, 11. April. (WTB.) Die „Times“ melden aus Paris, daß eine neue Note der Alliierten an Deutschland die Durchführung der Kriegsprozesse in kürzester Frist verlangen wied unter Hinweis auf die am 1. Mai eintretenden Rechtsfolgen.

## Verbreiterung der russischen Regierung?

London, 11. April. (WTB.) „Times“ zufolge wird aus Kiew gemeldet, Lenin habe dem sozialrevolutionären Führer Tschernom, der sich augenblicklich in Kiew befindet, den Posten des Landwirtschaftskommissars in der Sowjetregierung angeboten.

## Der Riesenkampf in England.

Von Otto Hue.

Die auch von der deutschen Presse vielfach übernommene Behauptung, es handle sich in Großbritannien um einen Bergarbeiterstreik, ist falsch. Am 1. April liefen die letzten Arbeitsverträge ab. Die Kriegsnot hatte auch die britische Regierung genötigt, anzuerkennen, daß man die Gewinnung und Verwertung eines für die Staatserhaltung so notwendigen Rohstoffes wie der Kohle nicht der freien Bewirtschaftung durch private Interessenten überlassen dürfe. Der Bergbau wurde unter Regierungskontrolle gestellt, Preisbemessung, Lohnhöhe und Unternehmerprofit unter die Direktion des Reichskohlenkommissars. Der nach Ablauf des Jahres 1920 eingetretene Umschwung auf den Kohlenmärkten gab dem Drängen der Privatkapitalisten auf Wiedereinführung völliger Freiwirtschaft die stärkste Unterstützung. Das Parlament hob gegen die Stimmen der Arbeiterpartei auf Vorschlag der Regierung und in Übereinstimmung mit den Bergwerksbesitzern die „Zwangswirtschaft“ auf. „Um freie Hand zu haben“, so las man im März in der Unternehmerpresse, wurde den Arbeitern zum 1. April „gekündigt“. Wühin handelte es sich nicht um einen Streik der Arbeiter. Da es bis zum Ablauf der alten Kontrakte nicht zur Verständigung über neue kam, trat am 1. April der vertraglose Zustand ein. Man kann daher nicht von einem Arbeiterstreik, sondern muß von einer Arbeiteraus-sperrung reden. Darum fordern die Ausgesperrten die staatliche Arbeitslosenunterstützung.

Infolgedessen muß auch die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen zu den Notstandsarbeiten anders, als wenn ein Streik vorläge, beurteilt werden. Bei den Generalstreiks der britischen Bergleute im November 1920 und im Februar-März 1921 wurden die Notstandsarbeiten auf Beschluß der Miners-Federation durchgeführt. Aber die jetzt meistgenannten britischen Bergarbeiterführer Herbert Smith und Frank Hodges persönlich kennt, der weiß, daß diesen Männern ein „Radikalismus“, der sich über die Bedürfnisse ihres Volkes mit Nirrden Brosen hinwegsetzt, durchaus fern liegt. Aber was sollen sie tun, nachdem die Gesetzgebung die Ordnung der Streitfragen zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau zu einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit erklärt hat, und die Wertsbesitzer daraus die Folgerung zogen, den Belegschaften zu kündigen, „um freie Hand zu haben“? Statt den in jetziger Zeit besonders notwendigen Gemeinschaftsgeist zu fördern, hat man durch die Übertragung der Verfügung über die Bergbauwirtschaft an privatkapitalistische Interessen dem zersetzenden wirtschaftlichen Individualismus das Schicksal der Nation in die Hand gegeben. Die Miners-Federation hat nicht unterlassen, vor der Aufhebung der Regierungskontrolle über den Bergbau dringend zu warnen. Nach dieser Richtung gingen die Bemühungen der Arbeiterorganisation seit Monaten. Sie will nicht die schrankenlose privatkapitalistische Unternehmerrwirtschaft, sondern fordert zunächst die Beibehaltung der Regierungskontrolle über die wichtigste Industrie des Landes. Die Nationalisierung (Sozialisierung) des Bergbaues gemäß den Vorschlägen des von der Regierung 1919 mit der Untersuchung der Bergbauwirtschaft betrauten Richters Sankey ist die grundsätzliche Forderung der Arbeiter. Zumindest also wollen die Bergarbeiter keine plötzliche Aufhebung der Regierungskontrolle zu einer Zeit, wo eine offizielle Ausgleichsaktion offensichtlich unentbehrlich ist. Dennoch hat in der gesetzgebenden Körperschaft die individualistische über die gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsauffassung gesiegt.

Bergegenwärtig man sich diese Vorgänge, dann versteht man auch, daß die gekündigten Arbeiter es ablehnen, Notstandsarbeiten zu verrichten. Die Gefährdungen stehen gegen ihren Willen außerhalb der Wertstore. Wenn nun die Wertsbesitzer und die Regierungsorgane an das nationale Gemeinschaftsgefühl appellieren, von der Arbeiterklasse verlangen, daß die Pumpwerte usw. in Gang gehalten werden, um die Nation vor dem Verderben ihrer lebenswichtigen Kohlenindustrie zu bewahren, so ist das der stärkste Beweis gegen die privatkapitalistische Bergbauwirtschaft, den ich mir denken kann! Die Nation wird zum Schutz des Bergbaues aufgerufen, also muß man der Nation das Bestimmungsrecht über den Bergbau zugestehen! Man kann ihn nicht mehr als eine private Sache betrachten!

Selbst bürgerliche Zeitungen des Landes gestehen zu, daß die den Bergleuten angebotenen Lohnreduktionen viel zu stark sind. Seit Monaten müssen die Arbeiter in den meisten Distrikten schon Feiertagsstunden und hausweise Entlassungen über sich ergehen lassen. „Daily Chronicle“ berichtete am 14. März aus Südwales von 40 000 arbeitslosen Bergleuten. Im Rhonddale herrsche eine so große Not, daß viele Familien ihre Möbel um jeden Preis verkaufen“. Von dem nach dem einstweiligen Abkommen im November 1920 im Verhältnis zu dem Erlös aus dem Kohlenexport um 1 1/2 bis 3 Schilling täglich gestiegenen Lohnzuschlag ist im Februar bereits die Hälfte reduziert worden. In den Monaten Januar-Februar 1921 ging nämlich der

Brennstofftransport um 3,10 Millionen Tonnen gegen den gleichen Zeitraum 1920 um 3,70 Millionen Tonnen zurück. Der Ausfuhrwert fiel um 56,57 Proz.! Dadurch verringerten sich automatisch die tariflichen Lohnzuschläge. Dazu traten zahlreiche Feiertage. Das frühere Plus für die Staatskasse aus Ausfuhrerlösen verwandelte sich in ein Minus, das die Staatskasse zu decken hatte. Die Regierung glaubte aus dem Dilemma zu kommen durch die glatte Aufhebung der „Zwangswirtschaft“. Eine Doktor-Eisenbart-Kur!

Die Bergwerksbesitzer lehnten nun die Vereinbarung eines Reichslohntarifs mit der Miners-Federation ab, wollten nur noch Distrikttarife gelten lassen und offerierten bedeutende Lohnföhrungen. Die Miners-Federation schlug die Bildung eines nationalen „Bools“ vor, eines unter Regierungskontrolle stehenden Ausgleichsfonds, aus welchem die Zubuße durch die Ausbeutegruben subventioniert werden sollten. Auch das lehnten Unternehmer und Regierung ab. In welchem Ausmaße die Lohnföhrungen angeboten sind, zeigt folgende Uebersicht der durchschnittlichen Wochenverdienste:

	Im März gezahlte Löhne	Lohnangebot für April
Schottland . . . . .	100 Schill. 10 Pence	77 Schill. 11 Pence
Nordumberland . . . . .	95	4
Durham . . . . .	92	7
Sch Wales . . . . .	97	2
S. Northshire . . . . .	100	10
S. Northshire . . . . .	92	7
Lancashire . . . . .	90	9
Midlands . . . . .	97	10 1/2
S. Derby . . . . .	90	8 1/2
Leicester . . . . .	83	5
R. Stafford . . . . .	78	10
Warwickshire . . . . .	89	10
Cumberland . . . . .	95	4
Forest of Dean . . . . .	80	2 1/2
Somerset . . . . .	79	9

Diese enormen Lohnabzüge sind unannehmbar, denn sie finden in der Preislage auf den Lebensmittelmärkten keine Stütze. Daß in einigen Distrikten geringere, in Northshire fast gar keine Lohnabzüge angeboten sind, bewerteten die Bergleute als den tatsächlichen Versuch, jetzt ihre Front zu zerreißen, und reagierten entsprechend. Die Hoffnung auf die Aufnahme der Arbeit in den begünstigten Distrikten war trügerisch, auch in Northshire, Midland und Derby sind die Belegschaften am 1. April nicht zu den Gruben gegangen. Von den fast 1 200 000 Bergwerksarbeitern aller Kategorien, die in Großbritannien im März in den Belegschaften geführt wurden, hat nur ein unerheblicher Teil (u. a. die Belegschaft einer Grube in Northshire, die der Großeinkaufsgesellschaft britischer Konsumgenossenschaften gehört, die keine Lohnabzüge anbot!) die Arbeit am 1. April fortgesetzt. Wer die Solidarität der britischen Miners, ihre Enschlossenheit und bittere Stimmung kennt, wird die Meldungen von bedeutenden Abspaltungen mit Vorsicht genießen. Aber auch die Sensationsnachrichten über „kommunistische Umtriebe“ und gewalttätige Terrorakte. Daß heutzutage in einer durch monatelanges, vergebliches Verhandeln erbittert gewordenen, mit enormer Verschlechterung ihres Standards bedrohten Riesenmasse auch rückwärtslos putzluftige Elemente auftreten, ist auch ein Erfolg des Krieges. Der Miners-Federation fallen sie aber nicht zur Last.

Die Folgen des angekündigten Eintritts der großen Eisenbahner- und Transportarbeiter-Unions in den Generalstreik würden für das wirtschaftliche und politische Leben Großbritanniens so unübersehbar einschneidend sein, daß man die vorbeugenden Vermittlungsbemühungen der Genossen Thomas und Henderson durchaus verstehen wird.

Die entscheidende Veranlassung des gewaltigen sozialen Ringens im Britenreich ist der Krieg und seine „Fortsetzung mit anderen Mitteln“ durch den Versailler Friedensvertrag! Seine weltwirtschaftlichen Auswirkungen hatten die tragische Situation in der britischen Industrie herbeigeföhrt. Weit, einst blühende Landestteile in Europa liegen noch immer verwüstet da. Auf Jahre hinaus könnten die Industrien der Ententestaaten und Mitteleuropas beschäftigt werden mit der Herstellung von Wiederaufbau-

material. Viele Millionen menschliche Arbeitskräfte sind durch den Krieg vernichtet und trotzdem breiten sich Arbeitslosensheere in Europa aus, wie sie in dieser schauerlichen Größe die moderne Wirtschaftsgeschichte noch nicht kannte. In den Ententestaaten wie in Deutschland fehlt es Millionen Menschen an menschenwürdiger Behausung. Dabei liegt das Baugewerbe still; baugewerbliche Arbeiter hungern erwerbslos in Scharen umher. Die Baustoffindustrien wissen nicht einmal ihre stark eingeschränkten Produktionsmengen los zu werden. Den proletarischen Millionenmassen fehlt es an notwendigen Bekleidungsstücken und Hausgeräten, aber auch die zweitwichtigste britische Großindustrie, die Erzeugung von Textilwaren, ist, wie ihre Konkurrenz im Auslande, einer lähmenden Abzahn verfallen. Die Industrien der Holzverarbeitung usw. verfügen über überfüllte unverkaufliche Lager. Wenn man bedenkt, welche Zerstörungen die Kriegsurie den Verkehrsanlagen zuföhgte, wie der Raubbau die Eisenbahnen überall herabgewirtschaftet hat, dann fällt die große Abzahn der internationalen Eisen- und Stahlindustrie, des Maschinenbaues erst recht auf. Und man beachte, daß 1920 die Kohlenförderung in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Deutschland zusammen immer noch rund 115 Millionen Tonnen niedriger war wie 1913! Im Frühjahr 1921 arbeiten die Bergwerke in den drei genannten Ententestaaten stark eingeschränkt. Trotzdem wissen jetzt Großbritannien, Belgien und Frankreich nicht, wo sie ihren Kohlenüberfluß unterbringen sollen! Er ist nur zwar relativ, deshalb der maranteste Beweis für die ungeheure Depression, die auf der Weltwirtschaft lastet.

Der walisische Bergarbeiterabgeordnete Hartborn legte den Finger in die Weltwunde, als er am 5. d. M. im Unterhause erklärte: Es sind die Folgen von Versailles und Spa, die den Markt für unseren Kohlenexport gänzlich zerstört haben! Laute Zustimmung der Arbeiterfraktion, Schweigen auf der Regierungsseite! In der Tat, kapitalistische Interessen, die sich des Nationalismus als Behikel bedienen, haben in Versailles die Warenerzeugung und den -austausch sowohl in den Ländern der „Sieger“ wie der „Besiegten“ in unerhört engstirniger Weise gedrosselt. Durch Zerstörung großer staatlicher Wirtschaftsgebiete in blutige „National“-Kleinstaat, durch blutwütige Zerreißung alteingelebter internationaler Wirtschaftsbeziehungen, durch neuerliche Anföndigungen weiterer Eisenbahnturen ist in ganz Europa der Zustand geschaffen, wo fiebernde Erregung mit totalistischem Gleichmut abwechseln. Kein Mensch, keine Industrie weiß, ob es die „höhere Gewalt“ gestattet, einen Arbeitsplan zu verwirklichen. Deutschland muß zwangsweise Kohlen dorthin liefern, wo kein Mangel daran ist, während es selbst unter Kohlenmangel leidet. Großbritannien, dieses erksäffige Warenausfuhrland, sieht seine Kohlenausfuhr von Monat zu Monat von über 6 Millionen in der Vorkriegszeit auf jetzt nur noch 1 1/2 Millionen Tonnen sinken! Es föhrt nur noch gut 4 Millionen Tonnen wöchentlicher, gleich 208 jährlich, fast 80 Millionen weniger wie 1913, und erstickt doch in Kohlen! Die Exportpreise fallen in Jahresfrist von 100—135 auf 47—60 Schilling, und doch häufen sich die Lager riesenhoch! Die Abnehmer fehlen, obgleich von einer Versorgung der Konsumenten mit lebensnotigen Waren wie vor dem Kriege noch bei weitem keine Rede sein kann. Europa versinkt in Armut, seine Blutleere wird chronisch!

Wer könnte so kurzschichtig sein, anzunehmen, eine wirtschaftliche Katastrophe in „Feindesland“ könnte den durch Versailler Sanktionen niedergedrückten und mit völliger Verflauung bedrohten Mitteleuropäern von Nutzen sein? Wo immer in der Welt volkswirtschaftlich notwendige Produktionsstätten stillgelegt oder gar zerstört werden, da widersöhrt der ganzen Kulturmenscheit ein Unglück. Siehe Nordfrankreich! Dem die gründliche Schadenheilung verbürgenden Gedanken der gemeinsamen Wiederaufbauarbeit muß trotz Nationalismus und Kapitalismus zum Siege verholfen werden. Der Riesenkampf in Großbritannien muß dazu mithelfen. Darin erblicke ich seine weltpolitische Bedeutung. Denn er ist die natürliche Folge von Versailles.

## Sozialdemokratie und Sondergerichte.

Der Parteivorstand hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Sondergerichte beschäftigt und seinen Standpunkt zu folgender Erklärung formuliert:

Der Sozialdemokratische Parteivorstand erachtet es für unmöglich, einer Justiz, die seit Jahren mit dem Rechtsgeföhle weiter Volkstheife immer wieder in den schärfsten Gegensatz geraten ist, so unerhört weitgehende Vollmachten anzuvertrauen, wie sie die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 vorseht.

Auch wenn anerkannt wird, daß gegenüber den Massenverbrechen des Märzaufruhres gerade zugunsten der Beschuldigten im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens das Schwurgericht und das Reichsgericht durch weniger schmerzfüllige und überlastete Gerichte ersetzt werden müssen, brauchen diese Gerichte nicht so weit, wie die Verordnung es zuläßt, sich von der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu entfernen, sie können vielmehr als besondere Dreimännerstrosskammern den Landgerichten angegliedert werden.

Wenn die Verordnung in ihrem § 2 erklärt, daß alle zum Richteramt Föhigen — also nicht nur beamtete Richter — in das außerordentliche Gericht berufen werden können, so schafft sie damit die Gefahr einer ungeeigneten Besetzung der Gerichte, etwa mit Richterern, die die Altersgrenze überschritten haben, oder mit beschäftigungslosen Kriegsgesichtern. Wenn die Verordnung ferner in § 3 Absatz 2, § 6 auch beamteten Richterern die Ablehnung der Berufung in eine Richterstelle verlegt, so setzt sie sich dadurch, ohne durch Art. 48 der Reichsverfassung dazu ermächtigt zu sein, in Widerspruch zu Art. 104 der Reichsverfassung.

Wenn weiter die Verordnung die Errichtung von außerordentlichen Gerichten nicht nur in den unter Ausnahmezustand gestellten Bezirken vorseht, vielmehr in allen Bezirken, in denen Aufreuehandlungen begangen werden — sei es auch nur eine, sei es vielleicht gerade nur die jetzt abzurteilende —, so wird der Willkür Tür und Tor völlig geöffnet. Auch die Zuständigkeit des Gerichts ist der Willkür völlig preisgegeben, da jedes Gericht dadurch zuständig wird, daß der verhaftete Beschuldigte in seinen Bezirk übergeföhrt wird.

Das Ermittlungsverfahren, das erfahrungsgemäß noch am ehesten geeignet ist, hafflose Beschuldigungen in ruhiger Untersuchung zu entkräften, wird obgeföhrt zugunsten möglicher beschleunigter Erfassung des erkennenden Gerichts, das für seine Tätigkeit erfahrungsgemäß der Vorbereitung durch ein gründliches Ermittlungsverfahren bedarf. Ohne vorherige Zustellung einer Anklageschrift muß der Angeklagte schon 24 Stunden nach seiner Lodung ganz unvorbereitet vor dem erkennenden Gericht erscheinen, um nun erst zu erfahren, wessen er überhaupt bezichtigt wird. Anders der Umfang der Beweisaufnahme ganz in das Ermessen des Gerichts gestellt wird, wird jede Beschränkung der Verteidigung möglich, auf der anderen Seite aber die Berufung, mit deren Zuläßigkeit man im schöffengerichtlichen Verfahren die gleiche Bestimmung zu rechtfertigen pflegt, nicht gewöhrt. Die Wiederaufnahme bietet aber für die verfoigte Berufung keinen Ersatz, weil Berufungsfehler keine Wiederaufnahmegründe sind. Nur die Wiederaufnahme zulassen, heißt das Verfahren der Willkür des Gerichts ohne jede Kontrolle anheimgeben.

Die Verordnung wiederholt auf diese Weise die aus den Verfahren der Wuchgerichte bekannten Vorschriften, ohne aus deren schlechter Bewährung gelernt zu haben.

Sollens unerträglich ist, daß auch Jugendliche dem Ausnahmeverfahren unterstellt werden, daß auch Todesurteile im Ausnahmeverfahren gefällt werden können. So bedeutet diese Verordnung die Gefahr weiterer Erschütterung des Vertrauens in die Justiz. Man wird nicht umhin können, das Eilverfahren gegen kommunistische Wisseläuter mit den behufsamen und völlig ergebnislosen Verfahren gegen Kapp-Verbrecher und Kriegsverbrecher zu vergleichen.

Dringender als die Einrichtung außerordentlicher Gerichte wäre eine andere Aufgabe gewesen, zu welcher die Reichsregierung überdies durch einen einstimmigen Beschluß des Reichstages verpflichtet ist, die Revision der unheilvollen Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs und der Polizei bei Fluchtversuchen

## Der Elternbeirat.

Bericht eines aufrichtigen Direktors.

Das Kultusministerium hat jüngst Berichte von den Direktoren eingeföhrt über ihre Erfahrungen mit den Elternbeiräten. Wie mühte sich ein Bericht aussehen, wenn ein Direktor die Dinge beim rechten Namen nennen würde? — Ungeföhrt so:

Als mir bekannt wurde, daß die Behörde Elternbeiräte schaffen wolle, ließ ich schnell einen Beirat aus mit genehmen Eltern wählen. Leider ließ sich das Ministerium in diesem Falle nicht hüten und verlangte die vorgeschriebene Wahl eines ordnungsmäßigen Elternbeirats. Ich mußte mir aber zu helfen! Ich versammelte die ganz zuverlässigen Mitglieder des alten Beirats in meinem Amtszimmer und schuf mir eine äußerst rührige Elternpartei.

Die amtlich vorgeschriebenen Elternversammlungen machte ich vorschriftsgemäß, d. h. ich erledigte Geschäfte, ließ fünf Minuten Pause machen und eröffnete dann eine neue Versammlung, in der ich mit meinen Freunden alle „Rattenfänger“ der Jugend bekämpfte. So gelang es uns von 22 Söhnen im Elternbeirat 18 zu erobern.

Zunächst ließ ich Mitglieder des Kollegiums gegen die Tatsache protestieren, daß einer der vier gegnerischen Vertreter zugleich Lehrer der Anstalt sei und daher in vertraulichen Sitzungen Dinge erfahre, die ihn in schwierige Stellung zum Kollegium bringen mühten. Leider hatten wir dabei vergessen, daß auch auf unserer Seite eine Beherztheit war, so daß diese Mine nicht fesselt.

Wir gingen sodann zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung über. Mit einem Juristen aus meiner Partei machte ich den Entwurf, der schließlich mit geringen Abstrichen angenommen wurde. Mit dieser Geschäftsordnung hatte ich dem Gegner die Hände gebunden. Für alle wichtigen Beschlüsse wird 2/3-Stimmenmehrheit verlangt. Vergeblich versuchte der Lehrer auf der Seite unserer Feinde das Ministerium gegen diese Geschäftsordnung mobil zu machen. Das Ministerium bestiegte zwar seine Auffassung, daß nur einfache Mehrheiten zulässig seien; aber ich wußte an den Stolz der Eltern zu appellieren, und so ging man mit glänzender Schwung über die „Privatkorrespondenz“ des Ministers zur Tagesordnung über. — Nun brauchte ich bald darauf ein Vertrauensvotum der Eltern, da höfe Dinge in der Presse über mich ruchbar wurden und ich nichts Sachliches zu entgegenen wußte. Meine Freunde besorgten es mir glänzend! Zur Stärkung ihres Rufes gelangte im rechten Augenblick durch den Schuldieners das selbstverständliche Vertrauensvotum des Kollegiums in die „streng vertrauliche“ Sitzung. Nun ging in blinder Liebe zu mir so weit, daß man das Votum so formalisierte, als sei es einstimmig geföhrt, obgleich natürlich einige dagegen stimmten.

Dennoch gingen diese frechen Angriffe auf meine Amtsföhrung weiter. Wir wußten uns aber zu helfen. Der Vorsitzende des Elternbeirats, mein guter Freund, der als Arzt sehr bekannt ist,

agiliert überall für mich; die eine Dame des Vorstandes, die im Schütreden recht gewandt ist, bearbeitet die gute Gesellschaft und fährt über die Segner auf; der eine unserer Väter sitzt im Magistrat und ist „amtlicher“ Referent über meine Sache, ein Landgerichtsdirektor meiner Partei berät mich juristisch. Ich sehe wie der große Saman im Verborgenen, und meine Getreuen tun meinen Willen.

So haben wir die Elternschaft hypnotisiert, die Regie klappt — und jetzt verkünden die großen Versammlungen der Eltern meinen Ruhm. Der Elternbeirat, den ich so fürchtete, ist eine glänzende Einrichtung. Ich kann dem Ministerium nur Gutes über meine Erfahrungen berichten! Nächstens herrscht wieder Burgfrieden in unserer Schule!

Das Buch der Zukunft. Unsere Bücher, selbst wenn sie nicht auf „Kriegspapier“ gedruckt sind, sind dem Verfall und der Zerstörung preisgegeben. Die Leierung der Bücher und die Raumnot zwingen den einzelnen in seiner Bücherei zu immer größerer Sparsamkeit, und in den öffentlichen Bibliotheken steigt die Bänderzahl so, daß die Benutzung eines Buches immer mehr Zeit kostet. Wird man daher nicht vielleicht für das Buch der Zukunft ganz neue Mittel und Wege finden? Diese Frage wird der bekannte Bücherkenner W. A. C. Vogena im neuesten Heft des „Inselchiffes“ auf und prophezeit eine „Buchweltwende“, die uns ungeahnte Buchformen bringen könnte. Sehr ernsthaft erörtert worden ist bereits das mikrophotographische Buch. Ein Vorbild dafür geben die Taubenpostbriefe, auf dünnen Häutchen ausgeführte Verkleinerungen gewöhnlicher Schreibvorlagen. So läßt sich auch die Buchseite fotografieren, um dann durch den Projektionsapparat wieder lesbar zu werden. Es ließe sich eine Unioersalbibliothek und zugleich die Auswahl der besten Bücher denken, die in mikrophotographischen Fassunle-Reproduktionen nach Belieben verbreitet werden können. Raumersparnis und Zeitersparnis wären gleich groß. Das mikrophotographische Buch läßt sich auch seitenweise vermerken, so daß sich sehr leicht Auszüge vornehmen lassen und kritische Leser nur diejenigen Blätter dieser Bände aufzuheben brauchen, die ihnen der Erholung für wert erscheinen. Die Bücher werden dann auch viel weniger verfallen, da statt der Neuauflagen dauernde Ergänzungen erscheinen, auf die man abonnieren kann. Nur fehlt das mikrophotographische Buch freilich die Unstündlichkeit einer Projektions-einrichtung voraus. Aber auch da wird die optische Technik Lösungen finden, durch die wohl die Buchrolle, die man in Lesefächern einlegt, wieder zu Ehren gebracht würde. Läßt sich erst nach Belieben das Filmband der Buchrolle anhalten, vor- und zurückstellen, dann ist die Benutzung eines handlichen Leseparates gegeben, und dann kann man die Buchrolle aufschlagen, wo man will, wie unser Buch. Damit wäre das bewegliche Bild auch zum Buchbild gewonnen.

Die banalste Wander gemacht werden. Aus dem ehemaligen Fürstentum Waldeck wird geschrieben: An der Bandstraße von Helsen nach Schmillinghausen stehen drei schlanke Fichten. Sie entsprossen einer Wurzel und eine Tafel daran berichtete, daß die drei Fichten die Namen der Schwestern des Fürsten Friedrich von Waldeck führen. Kurz nach der Enthronung des Friederich Fürsten

begannen die drei Fichten abzustorben. Das Zusammentreffen dieses Ereignisses mit dem Ende des Fürstentums wurde viel besprochen. Um zu retten, was zu retten war, wurden jetzt die drei Fichten gefällt und dabei stellte sich heraus: Die Bäume waren nicht über der Wurzel angefaßt und die Wunde mit Salzsäure getränkt worden. Dadurch wurde das Absterben der Fichten mit den Fürstennamen herbeigeföhrt.

Sprachwunder. Die aus der Erberertracht, dem Lateinischen, stammenden Wörter haben die Eigentümlichkeit, den Staub ins Erhabene zu ziehen. Hier einige Proben:

- Gewalttaten an wehrlosen Einwohnern = Sanktionen
- Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung = Repressalien
- Müßiggang = Inaktivität
- Arbeitscheses Gefindel = Kommission
- Unausföhbare Papiere = Akten
- Eindringlichkeit, Schielen nach rechts = Justiz
- Größenwahn = Militarismus
- Eitelkeit = Nationalismus
- Hinterlist = Spekulation
- Blünderung = Valuta
- Ratlosigkeit = Parlament
- Schwachheit = Diskussion
- Verdäwung = Konferenz
- Samen an Reduld = Redakteur

Die Farbigenbewegung in den Vereinigten Staaten. Die denkenden und entschiedenen Elemente der Farbigen in Amerika sind in dem Nationalen Bund der Farbigen vereint. Nach ihrem Jahresbericht für 1921 umfaßt er 88 000 Mitglieder. Vertreter der Bewegung setzten in zwölf von dreizehn Fällen es durch, daß in einzelnen Staaten eingebrachte Heiratsverbote zwischen Weißen und Farbigen nicht zur Annahme gelangten. Ihrer Initiative gelang es, dem Regier vor den Gerichten eine sichere Position zu schaffen.

Einmal in der Staatsoper. „Turandot“ und „Arlschino“ werden am 10. Mai in der Staatsoper aufgeföhrt.

Volodymyr Ljubytschenko, einer der berühmtesten ukrainischen Dichter, dessen Drama „Die Hoge“ kürzlich am Münchener Stadttheater seine heutzige Neuaufföhung erlebte, gelangt am Donnerstag, mit seinem zweiten erfolgreichsten Bühnenwerk „Das Pantherweib“ aus Kiew des russischen Kaiserreichs mit Elena Polowizkaja in der Titrolle im Deutschen Theater zur Veröffentlichung.

Am Mozart-Konzert der Volkshöhne, das am Sonntag, dem 17. mittags 11<sup>1/2</sup> in der Volkshöhne stattfand, wuch das überragende Orchester unter Leitung von Dr. Eiselein die Sinfonien Es-dur und C-dur sowie das 4-stimmige Konzert zur Aufföhung bringen.

Am Deutschen Opernhaus ist Maria Poldia am Mittwoch ihr Schicksal als Tode sort; am Freitag geht die Künstlerin als Zantuzia gemeinsam mit dem Dresdener Soubrette Richard Tauber als Lurdu. Am Sonntag schallt Richard Tauber als Borislan im Wagnerballett und am Sonntag wiederholt Maria Poldia ihr Schicksal als Martha in „Arlschino“.

Der Berliner Volks-Chor veranstaltet am 11. 12. und 13. April Aufföhungen von Haydn's Raderzeiten. Nur für den 12. April (in der neuen Welt) sind noch Karten zu haben.

Das nächste Orgelkonzert von Prof. Walter Fischer im Dom findet am Donnerstag 8 Uhr statt. Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Groß-Berlin Der freie Vormittag.

Die Frage der Arbeitseinteilung ist mit dem sehr bedauerlichen Beschlusse der parlamentarischen Parteien in der Stadivereinbarungsum-

Seit dem Krieg haben sich Arbeiter und Beamte schon an mancherlei Einschränkungen gewöhnen müssen: die Banken sind seit-

Und dies wirklich unabänderliche Zustände, in die sich der brave Staatsbürger fügen muß, ohne zu murren? Gibt es keine Mög-

Ich gehe noch weiter: was für die Bureaus und dann auch für die Geschäfte möglich ist, das sollte Pflicht für die Kunst- und Mu-

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall. Von Martin Andersen Nexø.

Die Leute vom Bakkehof mußten merken, daß es auf die Dauer nicht gut war, von seinem Eigensinn abgeperrt zu sein und dafür immer etwas vor der Nase zu haben, das man nicht ausstehen konnte.

Ganz ohne Streblamkeit waren die Bauern vom Bakkehof nicht. Bei einem jeden von ihnen konnte es vorkommen, daß er auf den Tisch schlug und schwur, nun solle die Schlucht durch einen neuen Höffügel abgesclossen, oder die ganze Bescherung solle auf den Hügel verlegt werden.

Im übrigen war es mit dem Erbeil nicht weit her. Weniger und immer weniger überirug der eine auf den anderen, und von Karen wußte man, daß sie mehr Antugenden als Taler geerbt hatte.

Nein, das einzig sichere Erbeil war der törichte Sinn aller vom Bakkehof. Und das Wertwürdigste an dem Erbe war, daß es anstehend wirkte: Fremde, die in den Hof einheirateten, wurden ebenso einseitig wie die Leute vom Hof. Dagegen legten die Kinder, die beizeiten von Hause fort kamen, die Sonderbarkeiten mit der Zeit ab; nach und nach fingen sie an, anderen Menschen ähnlich zu werden; und aus den Eiern, die zufällig außerhalb des Hofes gelegt wurden, entwickelte sich eine gute Nachkommenschaft. Es handelte sich

lungen an einem Abend der Woche gewährt. Es lassen sich gewiß noch mancherlei Einwendungen gegen diesen Gesamtplan erheben. Aber wenn sein Grundgedanke als sozial und richtig anerkannt wird, dann kann auch die Ausführung nicht unmöglich sein.

Martyrium eines Mieters.

Ein Leser unseres Blattes teilt uns folgenden kaum glaublichen Vorfall mit: Der Restaurateur Gustav Schulz betrieb in der Potsdamer Straße 4 seit dem Jahre 1914 eine Gastwirtschaft, die er vom Thomasbräu gepachtet hatte. Im 4. Stock des Hinterhauses befand sich seine Privatwohnung. Vor etwa 6 Wochen wurde ihm nun mitgeteilt, daß die Besitzerin des Hauses, die Fog-Schallplatten-

SPD.

Allgemeine Funktionärkonferenz

am Freitag, den 15. April, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15.

Tagesordnung:

Friedensvertrag und Arbeiterklasse.

Wichtige Mitteilungen. Der Bezirksvorstand.

gesellschaft, vertreten durch Dr. Bogelang, der Brauerei gegen Zahlung einer Abfindungssumme von 300 000 M. getündigt habe und daß er sowohl das Lokal als auch die Privatwohnung, welche durch bauliche Veränderungen in Bureauräume umgestaltet werden sollte, räumen müsse. Die zur Entscheidung angerufene 2. Wohnungsinspektion in der Potsdamer Str. 40 entschied am 26. März, daß die Wohnung am 1. April geräumt werden müsse. Der schriftliche Entschluß wurde dem Wohnungsinhaber erst am 8. April durch Eilboten zugestellt. Bei der herrschenden Wohnungsnot war es für ihn ganz unmöglich, ein anderes Unterkommen zu finden. Am 7. April um 5 Uhr nachmittags erschienen plötzlich Arbeiter, die erklärten, daß sie den Auftrag hätten, die Wände der Wohnung einzuräumen, weil die Fog-Schallplatten-gesellschaft die Bureauräume alsbald einrichten wolle. Den Mietern wurde kaum Zeit gewährt, ihre Möbel fortzuräumen, dann wurde eine Wand durchgeschlagen. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich am 8. April früh. In diesem Zuge wurde die Wand zur Küche durchgeschlagen, so daß die Mieter nicht mehr in der Lage sind, ihr Essen kochen zu können. Die ganze Wohnung macht nun den Eindruck einer Räuberhöhle; ein Teil der Sachen liegt auf dem Flur. Die Mieter stehen ratlos da und sind außerstande, gegen diesen Bandalismus irgend etwas zu unternehmen.

Allgemein wird über den Mangel an Wohnungen geklagt. Wie ist es da möglich, daß Räume die seit 1906 zu Wohnzwecken Verwendung fanden, in der jetzigen Zeit unter Vornahme großer baulicher Veränderungen zu Bureauräumen umgewandelt werden dürfen? Jede Steigerung der schon jetzt so hohen Zahl der Wohnungslosen erscheint geradezu unverantwortlich.

Landaufenthalt der „Alt-Berliner Kinderhilfe“.

Der Ausschuss „Alt-Berlin der deutschen Kinderhilfe“ trat Sonabend in Beratung der Verwendung der ihm überwiesenen Barmittel ein. Dabei wurde ein Antrag des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt angenommen, der als Verwendungszweck u. a. mittelbare Tuberkulosefürsorge und Verschickung von Kindern aufs Land vorsieht. Es steht insgesamt eine Million Mark zur Verfügung. Davon sollen 300 000 M. für Zwecke der unmittelbaren Tuberkulosefürsorge verwendet werden. Hieran wird auch die Stadt Berlin, also die öffentliche Tuberkulosefürsorge, mit 50 Proz. beteiligt. Von den verbleibenden 700 000 M. werden dem Berliner Jugendamt 100 000 M. als Ausstattungshilfe bei der städtischen Verschickung überwiesen. 600 000 M. werden für die Verschickung von Kindern durch die in der Kinderhilfe zusammengeschlossenen Vereine verwendet, und zwar soll diese Aufgabe gemeinsam unter dem Namen „Landaufenthalt der Alt-Berliner Kinderhilfe“ unter Führung des Jugendamts gelöst werden. Damit ist jedoch nicht die Uebernahme einer Verantwortung des Jugendamts für die Unterbringung der Kinder im einzelnen durch die Vereine selbst verbunden. Das Jugendamt kann volle Verantwortung nur für die eigene Verschickung übernehmen.

Die für den Betrag von 600 000 M. zu verschickenden Kinder werden auf die antragstellenden Vereine entsprechend ihrer Bedau-

tung verteilt. Die Vereine müssen dem Jugendamt Listen über die zu verschickenden Kinder einreichen, damit Doppelberücksichtigungen vermieden werden. Die Kostendeckung erfolgt durch den „Landaufenthalt der Alt-Berliner Kinderhilfe“ entweder an die einzelnen Landaufenthaltstellen der Kinder direkt oder an die Vereine.

Um solchen Schlußfolgerungen vorzubeugen, weisen wir darauf hin, daß besondere Meldungen (einzelne Anträge) an den „Landaufenthalt der Alt-Berliner Kinderhilfe“ nicht gestellt werden können. Die angeschlossenen Vereine melden vielmehr die bereits bei ihnen vorgemerkten Kinder in der Reihenfolge der Meldungen unter Berücksichtigung des Bedürftigkeitsgrades an.

Der streitbare Logenbruder.

Ein überraschender Freispruch.

Eine nach jeder Richtung hin verabscheuenswerte Ausschreitung eines den „gebildeten“ Ständen angehörigen Angeklagten, der in Alkoholfeststellung einen anderen Menschen erschossen hatte, beschästigte das Schwurgericht des Landgerichts I.

Der Inhaber eines großen Holzgeschäfts, Ernst Treptow, hatte am 20. Dezember 1919 seine Loge zur Freundlichkeit und auch einige Gastwirtschaften aufgesucht und größere Mengen alkoholischer Getränke zu sich genommen. Als er in Begleitung eines Logenbruders gegen 12 Uhr nachts in der Dortheimstraße am Hotel „Europäischer Hof“ vorbeikam, spielte sich dort gerade ein Streit zwischen einem Fahrgaste namens Bergin und dem Führer eines Autos ab. Ohne zu wissen, um was es sich handelte, nahm der Angeklagte sofort Partei für den Kutscher, rief dem Bergin und seinen Begleiter beleidigende Worte zu und bekte den Kutscher zum Widerstand auf. Bergin verbot sich die weitere Einschüchterung. Es kam aber zu weiteren gegenseitigen Beschimpfungen, bei denen der Angeklagte seinen Gegner bis ins Hotel an der Drehtür verfolgte. Dort soll Bergin dem Angeklagten mit seinem Stock einen wuchtigen Hieb über den Kopf versetzt haben, so daß der Stock zer-splitterte. Nunmehr ergriff der Angeklagte eine Pistole, für die er den Waffenschein besaß, schob den Bergin in den Rücken und streckte ihn nieder. Die empörten Passanten ergriffen den Schützen und schlugen ihn zu Boden. Ein vorbeikommender Kriminalwachmeister befreite ihn und übergab ihn der Ordnungspolizei in der Georgenstraße. Er ist seinerzeit in Haft genommen, dann aber gegen eine Kaution von 10 000 M. wieder freigelassen worden. — Im Termin vor dem Schwurgericht drückte der Angeklagte wiederholt sein tiefstes Bedauern über seine Tat aus, die er sich nur aus der Wirkung des Alkohols erklären könne. Der Tod des Bergin habe ihn seelisch niedergedrückt. Rechtsanwalt Pfafferoth, der mit dem Angeklagten lange bekannt ist, konnte dies aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung des Angeklagten, indem er sich auf die Gutachten dreier ärztlicher Sachverständigen stützte; diese haben den Angeklagten in bezug auf seine körperliche und physische Konstitution teilweise längere Zeit untersucht und festgestellt, daß er ein leicht in Jähzorn geratender Mensch sei, auf den der Alkohol eine sehr üble Wirkung ausübe. Nach ihrem übereinstimmenden Gutachten liegt die begründete Annahme vor, daß die ungelte Tat in einem pathologischen Rauschzustande verübt ist. In diesem Sinne gaben die Geschworenen ihren Wahrpruch ab, so daß die Freisprechung auf Grund des § 51 erfolgte.

Das Auto in der „Klemme“.

Ein Auto, aus der Richtung Lützowstraße kommend, wollte an der Potsdamer Brücke die Straßenbahn links überholen und geriet, da in demselben Augenblick eine Gleitstraße von der entgegengekehrten Seite kam, zwischen die beiden Wagen und wurde von ihnen eingeklemmt. Die Insassen, eine ältere und eine jüngere Dame, kamen mit dem Schreden davon, nur die jüngere erlitt einige Verletzungen im Gesicht. Beide Straßenbahnwagen wurden durch den Zusammenstoß aus den Gleisen gehoben, konnten sich aber ohne Hilfe der Feuerweh wieder flott machen. Von dem Auto wurde das rechte Hinterrad zertrümmert, sowie die eine Seite eingeschoben. Der Insass gibt an, darauf hinzuweisen, daß die Potsdamer Brücke mit ihrem starken, in sechs Richtungen freiziehenden Autoverkehr für Fußgänger ein Gefahrenpunkt ersten Ranges im Berliner Verkehr darstellt.

Ein Parteiveteran.

Heute feiert unser alter Parteifreund Franz Lucht seinen siebenzigsten Geburtstag. In guten und schlechten Zeiten hat er der Partei Treue gehalten. Nichts hat ihn verdrossen. Bei seiner Flugblattpartei, bei keiner größeren Aktion hat er in den 27 Jahren seiner Parteizugehörigkeit gefehlt. Als unser verstorbenen Genosse Singer 1884 im damaligen 4. Wahlkreis zum erstenmal zum Reichstag kandidierte, war Franz Lucht einer der ersten, der sich zu der

also um ein Gehrchen, das dem Hofe selbst anhaftete — eine Art Fleck, der die Eigenschaft hatte, die Tatkräft zu lähmen. Die Leute vom Bakkehof hatten keine Lust, etwas Neues zu schaffen oder auch nur das Alte aufrechtzuerhalten, sie ließen vielmehr alles verfallen. „Der Hof soll ja sowieso verlegt werden, da hat das alles ja keinen Zweck“, pflegten sie zu sagen.

Nun sah eine Witwe auf dem Hof, ein tüchtiges Frauenzimmer, das seine Sache verstand — für die Verhältnisse des Bakkehofs wenigstens, aber sonst ein rechtes Geispenk, aus dem niemand klug werden konnte. Es wurde viel von ihr geredet, und der bessere Teil der Familie hielt sie sich vom Leibe. Geld war ja nicht vorhanden, und Ansehen war auch nicht durch den Umgang mit ihr zu erwerben. Sie rächte sich an den Verwandten, indem sie ihren Verkehr nach unten hin suchte.

Eingebildet war Karen vom Bakkehof nicht, das konnte ihr niemand nachsagen. Sie verkehrte mit Häuslern und Viehhändlern und hatte keine Angst davor, sich von den Tagelöhnerweibern im Hinterland zum Geburtstagskaffee einladen zu lassen. Also möglich war es immerhin, daß sie gar keine Ahnung davon hatte, daß sie mit der Schinderfamilie verwandt war. Viel Familiengefühl hatte sie nicht, das war bei den Manns überhaupt nicht stark entwickelt, dafür hatten bei die Erde zu lange durchwandert, und sie waren zu zahlreich geworden. Man war nur über diejenigen unterrichtet, die mehr Ansehen genossen als man selber, oder bei denen es etwas zu erben gab.

Die Verbindung zwischen dem Hof auf der Landspitze und dem Bakkehof war im Lauf der Zeit nur lose aufrecht erhalten worden. Man verkehrte nicht zusammen und traf einander nur mit jahrelangen Zwischenräumen bei Hochzeiten und Begräbnissen; das genügte, um sich über Leben und Tod auf dem laufenden zu halten. Als das Meer erst einmal so viel von den Ländereien des Hofes auf der Landspitze weggestreift hatte, daß eine Häuslerwirtschaft aus ihm wurde und von dieser Seite her kein Erbeil mehr zu erwarten war, da hörte auch diese Form der Verbindung von selber auf. Häusler mit einzuladen, fiel niemandem ein; höchstens konnte geduldet werden, daß sie Begräbnisse mitmachten. Die Leute vom Bakkehof schenken der Stätte, die ihr Ursprung war, keine Beachtung mehr.

Etwas anders lagen die Dinge ja für die Bewohner der Hütte auf der Landzunge. Sie hatten ihre Gründe dafür,

die Beziehungen nicht ganz abzubrechen, und sie hielten auf mühsamen Umwegen ein Auge auf den Hof drüben — ohne doch fester davon zu werden. Sören und Karen mußten wohl, daß die Hofbauern da draußen ihre Verwandten waren! Das war ihre schwache Seite, und sie probierten damit, wenn das Dasein ihnen zu arm wurde. Aber sie erwarteten ja nichts; frühzeitig waren beide zu der Erkenntnis gekommen, daß sie nichts mehr vom Glück zu erwarten hatten.

Im übrigen gab es Beispiele genug dafür, daß es geschehen konnte, daß ein oder mehrere Hundert Taler armen Leuten in den Schoß fielen. Großchen hatte Bescheid gewußt mit diesen Fällen weit über die Kirchspielgrenze hinaus und sie von Zeit zu Zeit mit Stine besprochen. Das war ein gar seltsames Gefühl, im Glück zu schwelgen — und zu wissen, daß man selber von vornherein ausgeschlossen war. — „Du wirst nie etwas gewinnen!“ sagte Großchen. „Denn du bist ein uneheliches Kind, und die erben nichts.“ — „Dann erben sie aber auch nicht das Schlechte“, erwiderte Stine und nickte entschieden; sie hatte sich früh trösten gelernt. Doch dessen war Großchen nicht ganz so sicher.

Nun, Stine bereitete es keinen Kummer, daß sie kein Erbeil hatte; sie würde sich schon durchschlagen. Vielleicht heiratete sie einen, der viel Geld hatte — ein armes Wesen wie sie nahm man nur der Liebe wegen. Und wenn sie dann ja gesagt hatte, warf er seinen alten schmuggigen Mantel weg und stand im feinen Kleide da. „Mein Vater ist reich genug für uns beide!“ sagte er. „Ich wollte dich bloß auf die Probe stellen, um zu sehen, ob du mich um meiner selbst willen liebst.“ Oder sie fand vielleicht etwas auf der Landstraße, einen Geldbeutel mit recht, recht viel Geld darin — den niemand verlorien hatte, so daß man ihn nicht bei der Polizei abzuliefern brauchte. Es gab wahrhaftig Wege genug, ohne daß man erst zu erben brauchte!

Wochten nun die Leute vom Bakkehof sich über die Verwandtschaft klar sein oder nicht, jedenfalls ließen sie sich nichts anmerken, sondern verlangten, daß das neue Mädel tüchtig zupacken sollte. Und im Grunde überraschte das Stine nicht. Der mußte schon recht heruntergekommen sein, der zu der Schinderfamilie kam und sagte: mir zwei sind verwandt, du! Trohdem bereitete es eine geheime Befriedigung zu wissen, daß man nach obenhin Verwandte hatte, das schuf eine Verbindung in der Richtung der eigenen Sehnsucht. Ein ausgeleitener Pfad führte zum Glück, andere Familienmitglieder waren vor einem darauf gewandelt. (Fortf. folgt.)

nicht leichten Kleinarbeit zur Verfügung stellte. Seiner Tätigkeit ist es mit zu verdanken, daß die Sozialdemokratie den Sieg davon trug. Seit Ende der achtziger Jahre war er ununterbrochen im 1. Wahlkreis tätig. Lange Jahre vertrat er den Kreis in der Lokalkommission. In den Jahren 1903 und 1917 war er Delegierter auf den Parteitag in Dresden und in Würzburg. Seit Gründung der „Vorwärts“ Buchdruckerei war unser alter Freund bis 1913 Vertreter des ersten Kreises in der Reuekommission, und als nach der Spaltung 1916 die wenigen Betreuer sich wieder zusammenfanden, übernahm Franz Lucht den Vorsitz im 1. Wahlkreis, den er bis zur Verschmelzung der sechs Berliner Wahlkreise und der Wahlvereine Lektoren-Besetz und Wiederbarnim beibehielt. In den Novembertagen 1918 gehörte der Alte mit zu den ersten SPD-Arbeitsräten und hat als solcher wieder in dieser stürmischen Periode seinen Mann gestanden. Franz Lucht übernahm dann die Leitung der zweiten Abteilung, und auch heute noch ist er Bezirksführer in der 3a-Abteilung im 55. Wahlbezirk.

Der Bezirksverband begrüßt den alten Kampfgenossen, der nie auf Rufen gebietet war und der heute noch als Hausvater bei der Lindenhaus-A.G. sein Brot verdient, und wünscht nur, daß ihm die Jungen nachfolgen möchten.

**„Siedlung und Kleingarten“**, unsere neue illustrierte, in jeder zweiten Woche erscheinende Beilage, liegt heute zum ersten Male dem „Vorwärts“ bei. In Wort und Bild wird der Siedler, der Landkolonist, der Kleintierzüchter über ihn interessierende Vorgänge und Erfindungen unterrichtet. Aus dem reichen Inhalt dieser ersten Nummer heben wir hervor: den die zeitgemäßen Siedlungsbestrebungen behandelnden Artikel „Vorwärts“ von unserem Genossen Dr. A. Striemer, Ratschläge für die Kleingartenbestellung im April, Hinweise für die Aufsicht von jungen Enten, sowie die allgemein interessierenden Mitteilungen „Aus der Kleingartenbewegung“ usw.

Am 16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick) wurden in der zum Sonnabend eintreffenden Bezirksversammlung die defizitären Bezirkskommissionen eingesetzt. Oberbürgermeister Vögler verpflichtete im Anschluß an seine Begrüßung der bisherigen Berliner Stadtrat Dr. Franz (bürgerl.) als Bezirksbürgermeister. Nach einer kurzen Ermüdung und einer Ansprache an die anderen gewählten und befristeten Stadträte führte Dr. Franz diese in ihreämter ein.

Gegen die Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten wurde auf Antrag der USPD die Sitzung vertagt. Ein schriftlich eingegangener Vorstoß des Vorstehers der Stadtverordnetenversammlung Dr. Wehl, die Bezirksversammlungen in Zukunft Mittwoch abzuhalten, erregte bei den sozialistischen Parteien Verwunderung und wurde selbstverständlich abgelehnt.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Groß-Berlin, fendet uns nachsichtige von Max Kasper, Adolf Knebel und Wilhelm Schulz unterzeichnete Erklärung:

Es wird anlässlich des Winterstreiks von einem gewissen Rühmel, möglicherweise Berlin O. 112, Finowstraße, das Gerücht verbreitet, daß der Deutsche Eisenbahnerverband mit den Reichsbehörden und der Eisenbahndirektion ein Gefüge vereinbart habe, nach welchem die Behörden den Auftrag erhalten, die Rietsbücher einzufordern und die Rielen vom Lohn, auch schon für den Monat Mai, abzuziehen. Die Verhandlungen sollen von den Kollegen Wilhelm Schulz, Adolf Knebel und Max Kasper geführt worden sein. Wir erklären diese Angaben als gemeine Lüge und behalten uns weitere Schritte vor.

Schonzeit im Treptower Park. Mit Rücksicht auf die durch den ganzen Winter fortgesetzte harte Quarsprache der Treptower Parkwiese ist Spielfeld erhalten und Förderung des Grasschnittes eine mehrwöchige Schonzeit für die Rasenflächen — etwa ein bis zwei Graschnitt — dringend geboten. Da der Grasschnitt bereits eingesetzt, hat die Schuldeputation die Rasenflächen, von der Benutzung der bezeichneten Parkwiese bis zum 15. Mai dieses Jahres Abstand nehmen zu lassen.

Der Sprung aus dem dritten Stockwerk. In der Berliner Straße zu Charlottenburg sprang in der vergangenen Nacht eine Frau Marie B., die von ihrem betrunkenen Ehemann bedroht wurde, in ihrer Angst und Verzweiflung aus dem dritten Stockwerk auf die Straße und brach beide Beine. Die Bewahrsamter wurde in das Krankenhaus Westend gebracht.

Vergeltete Liebesmüh. Ein Parteigenosse teilt uns mit, daß er, obwohl bereits im Jahre 1908 aus der Kirche ausgeschieden, trotzdem eine Aufforderung zur Zahlung der Kirchensteuer für 1920 erhalten habe. Dazu wäre zu bemerken, daß die Kirchenbehörden wohl ihre Bücher und Listen besser in Ordnung halten könnten, denn bei den bösen Konfessionslosen ist auch heute noch jede Liebesmüh vergebens.

Die Verbrecherfälle im Schornstein. In der Gollnowstraße wurde in den Morgenstunden des Montag ein Verbrecher von der Polizei verfolgt. Die Jagd ging über die Dächer. Da ihm die Beamten auf der Höhe des dritten Stockes festhielten, ließ er sich von der Höhe des dritten Stockes stürzen. Alle Versuche, ihn nach oben oder unten herauszuholen, misslangen, weshalb die Feuerwehr herbeigerufen wurde. Sie mußte ein Loch in den Schornstein stemmen und den Verbrecher befreien, der dann festgenommen wurde.

Erfindungsged von Mutter und Tochter. Eine Tragödie, die sich am Sonntag abspielte, hat, wurde gestern in dem Hause Bückerstraße 17 entdeckt. Dort wohnte die von ihrem Manne getrennte lebende 58 Jahre alte Frau Hedwig B. mit ihrer 22 Jahre alten Tochter Charlotte. Frau B. hatte zwei Zimmer ihrer Wohnung abgemietet und die Tochter war als Verkäuferin tätig. Trotzdem saßen beide in ständigen Sorgen um den Lebensunterhalt. Als sich am Montag wieder die Frau nach die Tochter sehen ließen, öffnete man die Wohnung und fand in dem mit Gas angefüllten Schlafzimmers Mutter und Tochter erstickt auf. Die Tochter lag entleert in der Ecke, die Mutter auf dem Fußboden. Beide Leichen wurden, da ein Arzt nur noch den Tod der Frauen feststellen konnte, beigeschrieben und nach dem Schaufauf gebracht.

Das Propagandasystem des Bezirks Neukölln der Freien Turnerschaft S-Bueberg Berlin am Sonntag hat das Bild eines kleinen Volksfestes. Für die abwechselnd auftretenden etwa 600 Mitwirkenden und ebensoviel Zuschauer erwies sich die größte Turnhalle Neuköllns als klein. Den Reigen der Vorführungen eröffneten die Kinder mit turnerischen Darbietungen. Größere Mädchen zeigten Schrittarbeit und Tanzstücke, teilweise schon recht elastisch und gracios ausgeführt, ferner Schützenübungen. Die Kinder entzogen für ihre beachtenswerten Leistungen lebhaften Beifall. Dann marschierten die Männer, Frauen und Jugendlichen in langer Reihe in die Halle und boten den überraschten Zuschauern alsbald ein Bild bewährter Körperkultur. Kreisläufe und Geräuschkulturn zeigten gute Leistungen. Eine wirkungsvolle Ansprache wandte sich an die Arbeiterschaft und insbesondere die Jugend von 14 bis 18 Jahren und forderte sie auf, die besten Leistungen zurückzubringen und sich der bereitenden Körperkultur zu widmen. Turnspiele brachten zum Schluß die Stimmung auf den Höhepunkt. Auf dem über die Turneigenschaften wird Freitag in der Turnhalle abgehandelt werden.

Die Salzheringe. Das Reichshandeln werden zurzeit an den Fischhandel norwegische Salzheringe zu so billigen Preisen verkauft, daß die Heringe mit 30 bis 60 Pfennig pro Stück je nach Qualität und Größe an das Publikum abgegeben werden können. Der Kleinhandel erhält die Heringe durch die Salzhering-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Französischer Straße 14.

Für das Konzert I des Brüder-Pop-Quartetts im Konzertsaal der Hochschule für Berlin, Charlottenburg, Palmenstr. 1, am Donnerstag, den 21. April 1921, abends 8 Uhr, und für den Kammermusik-

abend im Miltner-Saal, Nollwitzer, 76, am Sonnabend, den 23. April 1921, abends 8 Uhr, sind uns eine Anzahl Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt worden und zwar kosten die Eintrittskarten 4,40 M., 5,40 M. und 5,80 M., während der offizielle Preis 5 M., 6 M. und 10 M. beträgt. Karten im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 14/15, Zimmer 13. Der Vorverkauf dieser Karten findet bis zum 18. bzw. 19. d. M. statt. Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

**Wahlkreise Eltern!** Seit Monaten ist die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Elternvereine auf die Errichtung einer „Wahlkreise Eltern“ am Ort eingestellt. Neben 1000 Minder teil deren Eltern haben die schriftliche Unterstützung abgegeben, andere der „Wahlkreise Eltern“ anzugehen, sobald eine solche besteht ist. Zweck der Wahlkreise Eltern ist die Förderung der Propaganda für die „Wahlkreise Eltern“ und weiterer Förderung der Propaganda für die „Wahlkreise Eltern“ durch die Eltern. Am 12. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums eine öffentliche Elternversammlung sämtlicher Wahlkreise Eltern. Genosse Prof. Decker wird über: „Wahlkreise Eltern“ oder „Wahlkreise Eltern“ referieren in Herr Landgerichtsrat Dr. Marzahn.

**Tour Südamerika.** Der Schriftsteller Dr. Colin Koh, der eine Studienreise durch die südamerikanischen Republiken machte, ist nach anderthalbjähriger Abwesenheit, von Rio de Janeiro kommend, zurückgekehrt. Über seine Eindrücke und Erlebnisse wird Dr. Colin Koh am 14. April, abends 8 Uhr, im Oberstadtsaal der Philharmonie, Brandenburg Str. 29/30, einen Vortrag halten, der durch eine Reihe von Lichtbildern noch eigenen Aufnahmen illustriert wird; außerdem hat sich der Vortragende zur Fragebeantwortung bereit erklärt. Karten zum Preis von 2 bis 6 Mark ausschließlich Steuer bei A. Berthold, Bote und Post und an der Abendkasse.

**Die Rundgebung der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin G. V.** und der angeschlossenen 21 Berliner Vereine „zur Förderung der Hausfrauen von ausländischen Frauenvereinen, zum Wohle heimischer Industrie, zur Förderung der Arbeitslosigkeit“ findet am Mittwoch, den 20. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Weichseln, Köhlerstr. 28, statt.

**Jugend-Vollstunde der Volkshilfe G. V.** Kinderdarstellung in Eigenregie am Mittwoch, 18. April, 6 Uhr, Aula Realgymnasium, Berlin W. 8, großes Schauspiel und neue Lichtbilder. Eintritt 75 Pf., am Saalzugang.

**Neuerung in der Milchlieferung.** Am Dienstag, den 12. und Mittwoch, den 13. d. Mts., werden die III-Karten nicht geliefert. — Am Dienstag, den 12. April, werden die IV- und V-Karten mit Milchmischbehältern, mit Ausnahme der Bezirke V, VI, VII und VIII. Als Ersatz für die ausfallende Milch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Milchmischbehälter. — Am Mittwoch, den 13. d. Mts., werden die IV- und V-Karten mit Milchmischbehältern, mit Ausnahme der Bezirke I, II, III, IV und IX. Als Ersatz für die ausfallende Milch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Milchmischbehälter.

## Filmschau.

**Die Amazonen** (Lauenburgerpalast) ist ein Film, der in ein Abenteuer, das von einem Mann von Uria, in dem ein Frauen mit viel überirdischen Qualitäten (barnu Amazonen) von einem Liebhaber ohne für Wissen betrogen wird. In einem Teil wird der alte Mann erschossen, was das Frauen nicht hindert, dem Unberufenen die Liebe bis über das Grab hinaus zu bewahren. Nachher kommt der wahre und echte Liebhaber und bestet den Sarg. Dieser Film ist ein sehr interessantes und interessantes Werk. Die Photographie ist ganz auf der Höhe, die Musik ist sehr schön. Das Amazonen, was durch die Rolle der Amazonen genannt, in der Freiheit zu sein. Die männlichen Darsteller sind sehr schön. Rudolf Berber wählten sich zu benennen.

**Die goldene Zeit** (Lauenburgerpalast) ist ein Film, der in ein Abenteuer, das von einem Mann von Uria, in dem ein Frauen mit viel überirdischen Qualitäten (barnu Amazonen) von einem Liebhaber ohne für Wissen betrogen wird. In einem Teil wird der alte Mann erschossen, was das Frauen nicht hindert, dem Unberufenen die Liebe bis über das Grab hinaus zu bewahren. Nachher kommt der wahre und echte Liebhaber und bestet den Sarg. Dieser Film ist ein sehr interessantes und interessantes Werk. Die Photographie ist ganz auf der Höhe, die Musik ist sehr schön. Das Amazonen, was durch die Rolle der Amazonen genannt, in der Freiheit zu sein. Die männlichen Darsteller sind sehr schön. Rudolf Berber wählten sich zu benennen.

**Die Schandale** bringt diese Woche ein neues Genrestück. „Die Schandale“ ist ein Film, der in ein Abenteuer, das von einem Mann von Uria, in dem ein Frauen mit viel überirdischen Qualitäten (barnu Amazonen) von einem Liebhaber ohne für Wissen betrogen wird. In einem Teil wird der alte Mann erschossen, was das Frauen nicht hindert, dem Unberufenen die Liebe bis über das Grab hinaus zu bewahren. Nachher kommt der wahre und echte Liebhaber und bestet den Sarg. Dieser Film ist ein sehr interessantes und interessantes Werk. Die Photographie ist ganz auf der Höhe, die Musik ist sehr schön. Das Amazonen, was durch die Rolle der Amazonen genannt, in der Freiheit zu sein. Die männlichen Darsteller sind sehr schön. Rudolf Berber wählten sich zu benennen.

**Biologische Filmannahmen.** Die wissenschaftliche Abteilung der Deutsches Institut in den nächsten Tagen der Gelehrten und interessierten Kreise vorzuführen, außerst seltenen und interessanten biologischen Aufnahmen beizubringen. Während es bisher nur ganz selten gefilmt ist, befinden sich in ihrem Verzeichnis zu beobachten, da diese sich auf freier Natur ausgereicht haben, haben die Gelehrten des Instituts Sarraloni Gelegenheit zu Beobachtungen gegeben, die im Film festgehalten werden sollen.

**Gunnar Isacsson**, einer der beliebtesten und sympathischsten nordischen Filmkünstler wird am 18. April in dem Hauptstad der Scala: „Der Nordstern in Berlin“ am erstenmal auf einer deutschen Bühne auftreten, und zwar handelt es sich nicht um einen Film, sondern um ein persönliches Auftreten des Künstlers.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 12. April:

- Bezirk 7. Charlottenburg. 1 Uhr in der Aula der 29. Gemeindefabrik, Eingang Franz Hof, Offenbacher-Veranstaltung. Thema: „Die politische Lage“. Genosse Prof. Decker wird über: „Wahlkreise Eltern“ referieren in Herr Landgerichtsrat Dr. Marzahn.
- Bezirk 13. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Frau, Kaiser-Friedrich-Str. 4, Generalversammlung. Bericht des Vorstandes und Neuwahl. Eine Mitteilungsbeilage wird verteilt.
- Jugendvereine, Gruppe Tempelhof-Lichtenberg. 8 Uhr bei Frau, Mariendorf, Hauptstr. 44. Beschäftigung über weitere Stellungnahme zur Generalversammlung. — Die Ortsgruppe Lichtenberg nimmt an der Generalversammlung der Reichsvereine am 14. April bei Frau in Mariendorf, Hauptstr. 44, teil. (Wichtige Tagesordnung!)
- Sozialistische Vereinigung SPD, Gruppe Lichtenberg. 7 1/2 Uhr bei Schöneberg, Simpsonstr. 4, Vortrag: Thema: „Jünger Kolonialisten“. Ref.: Reichstagsabgeordneter Genosse Weine. — Gruppe Tempelhof-Lichtenberg. 7 1/2 Uhr bei Frau, Hauptstr. 44, Vortrag über Entschließung. Ref.: Weine.
- Wahlkreise Eltern und Telegraphische Gesellschaft. 7 Uhr in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Köhlerstr. 28. Thema: „Die Errichtung der deutschen Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zu den politischen Parteien“. Ref.: Genosse Ministerialrat Jostenberg (Beisitzeramt des Innern). — Freie Aussprache. Der SPD-Verbandsrat.

Morgen, Mittwoch, den 13. April:

Mitgliederversammlungen abends 7 Uhr.

- 1. Bezirk. Schulhaus Auguststraße. „Politische Tagesfragen“. Ref.: Genosse Kaste.
- 2. Bezirk. Wilhelmstr. 121. 1. Vortrag: „Die Regierungsbildung in Preußen nach den Erfahrungen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg“. Ref.: Gen. Kaste. 2. Vortrag: „Die Reichsversammlung“. Ref.: Gen. Kaste.
- 3. und 4. Bezirk. „Kampfbücherei“, Bülowstr. 57. „Reine Geschichte in Russland“. Ref.: Genosse Kaste.
- 5. Bezirk. Tempelhof-Veranstaltung, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 6. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 7. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 8. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 9. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 10. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 11. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 12. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 13. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 14. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 15. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 16. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 17. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 18. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 19. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 20. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 21. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.

- 22. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 23. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 24. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 25. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 26. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 27. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 28. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 29. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 30. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 31. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 32. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 33. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 34. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 35. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 36. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 37. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 38. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 39. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 40. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 41. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 42. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 43. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 44. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 45. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 46. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 47. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 48. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 49. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 50. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 51. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 52. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 53. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 54. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 55. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 56. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 57. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 58. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 59. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 60. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 61. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 62. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 63. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 64. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 65. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 66. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 67. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 68. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 69. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 70. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 71. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 72. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 73. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 74. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 75. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 76. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 77. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 78. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 79. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 80. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 81. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 82. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 83. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 84. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 85. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 86. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 87. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 88. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 89. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 90. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 91. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 92. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 93. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 94. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 95. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 96. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 97. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 98. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 99. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.
- 100. Bezirk. „Wahlkreise Eltern“, Köhlerstr. 28. Wichtige Tagesordnung. Ref.: Genosse Kaste.





## Amsterdamer Nachklänge.

Der „Populaire“, das Organ jener französischen Sozialisten, die sich geweiht haben, unter das laubdünne Dach der 21 Moskauer Bedingungen zu kriechen, erscheint seit dem 8. April als vierseitiges Morgenblatt, damit die Pariser Arbeiter nicht weiter ausschließlich auf die kommunistischen Weisheiten der „Humanität“ angewiesen seien. Trotz der taktischen Unterschiede, die uns von der Partei Longuet trennen, und obwohl der „Populaire“ bisher bei der Besprechung und der Beurteilung der deutschen Verhältnisse meist eine recht häßliche Parteilichkeit gegen die SPD. teils durch Verdrehung, teils durch Verschweigung der Wahrheit geübt hat, wollen wir nicht Böses mit Bösem vergelten: Wir wünschen dem neuen Morgenblatt besten Erfolg, zumal es in seinem einleitenden Artikel als feine Ausgabe bezeichnet, das in der alten „Humanität“ von Taites begonnene Werk fortzuführen, und hinzufügt: „Unser Ziel ist dasselbe, unser Glaube ist derselbe, unsere Methode wird dieselbe sein.“

Aber schon der erste politische Aufsatz Longuets zeigt eine recht unliebbare Anlehnung an die Methoden des alten „Populaire“, bzw. der neuen „Humanität“. Daß Longuet in einer Besprechung der Amsterdamer Konferenzen die Entschlüsse der Internationale 2 1/2 über alle Himmel lobt, ist durchaus verständlich, denn sie ist in erster Linie sein und seiner Freunde Werk. Warum mußte er aber hinzufügen:

„Die Zweite Internationale, geleitet durch den Chauvinismus ihrer sozialpatriotischen belgischen Anhänger und den Nationalismus ihrer deutschen mehrheitssozialistischen Anhänger, vermochte nur, sich in den Rahmen des Versailler Friedensvertrages zu fügen, indem sie die sinnlosen, auf dreißig Jahre ausgedehnten Annuitäten annahm und damit den Regierungen auf den Boden der Gesamtschuldsumme folgte.“

Das soll boshaft sein und ist nur lächerlich. Hätten die SPD.-Vertreter in Amsterdam sich geweigert, die Lösung des Reparationsproblems im Wege der Annuitäten zu suchen, dann hätten Longuet, und vor allem seine Freunde Renaudel, Blum und Genossen geschrien: „Seht Euch diese Nationalisten an! Sie bestehen auf unfruchtbar, billigen Phrasen über die Undurchführbarkeit des Versailler Vertrages, über die Sinnlosigkeit des Annuitätensystems, über die verbrecherische Gewaltpolitik der Ententeregierungen.“ In dem Bestreben, praktische Arbeit zu leisten und den Völkern sofort greifbare Lösungen zu bieten, damit die Katastrophe abgewendet werde, die sich auf die internationale Arbeiterklasse zu stürzen droht, haben jedoch die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie einem Programm zugestimmt, das über das Angebot der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete hinaus auch den dringenden Geldbedürfnissen Frankreichs und Belgiens im Rahmen des Möglichen Rechnung trägt. Und nun dreht Longuet den Spieß um: „Seht Euch diese Nationalisten an! Sie erkennen den Versailler Schandvertrag an, sie folgen blindlings den Ententeregierungen!“

Als wir gegen das Versailler Diktat protestierten, hat man uns, um sich vor Laten, zu denen man weder die Kraft, noch den Willen hatte, drücken zu können, geantwortet: „Ihr seid ja bloß Nationalisten!“ und darauf hingewiesen, daß die Unabhängigen für die Unterzeichnung ogitierten. Jetzt, wo wir uns ehrlich bemühen, die gegebene Unterschrift zu erfüllen und die praktische Lösung der gegenwärtigen Krise mit dem Vertrag zu vereinbaren suchen, da schallt uns wieder entgegen: „Ihr seid ja bloß Nationalisten! Wir und unsere Freunde von der Unabhängigen Sozialdemokratie lehnen grundsätzlich den Vertrag ab!“

Wie sagte Robère: „Qui veut noyer son chien, l'accuse de la rage.“ „Wer seinen Hund erjaufen will, erklärt ihn für tollwütig.“ Wir fragen nur: Ist das die laubdünne Methode?

Der Führer der belgischen Sozialisten De Broedre bespricht im „Peuple“ vom 8. April die Amsterdamer Konferenzen und spricht sein Bedauern darüber aus, daß eine gemeinsame Kundgebung der drei internationalen Organisationen nicht zustande gekommen sei. Er schreibt:

„Doch ernsthaft Bemühungen unternommen wurden, um in der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, die Einheitsfront des Proletariats zustande zu bringen, daß diese Einheitsfront den Wünschen der Gewerkschaftsinternationale entspricht, das geht aus deren offiziellen Communiqué deutlich genug hervor. Und daß die Zweite Internationale einstimmig diese Einheitsfront wünschte und sich zu allen Verhandlungen zu allen Vermittlungen bereit erklärte, die zu diesem Ziele führen könnten, ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, es noch besonders zu betonen. Schließlich glaube ich kein Geheimnis zu verhehlen, indem ich feststelle, daß unter den Delegierten der Wiener Internationale die meisten dieses Ergebnis heiß wünschen, wie wir. Nur die Unverständlichkeit einiger wenigen hat die unmittelbare und brüderliche Zusammenarbeit aller Sozialisten verhindert. Mögen diese letzteren sich ihrer Verantwortung bewußt werden und endlich begreifen, daß die schönsten Resolutionen, die revolutionärsten und die schärfsten Beschlüsse nichts als leeres Gerede sind, wenn nicht die Einigkeit der Arbeiterklasse jene Macht schafft, die allein fähig ist, die Programme zu verwirklichen, die wir aufarbeiten.“

Aus einem Artikel von Ledebour in der „Freiheit“ geht deutlich hervor, daß es der alte Januarputschist gewesen ist, der sich vor allem gegen die Besprechung zu Dritt gestäubt hat. Ledebour beschrieb darin die Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaftsinternationale und der Delegation der 2 1/2 wie folgt:

Die Verhandlungen wurden damit eingeleitet, daß der Engländer Thomas, der den Vorsitz führte, uns erklärte, seine Organisation könne nicht allein mit uns verhandeln, sie sei aber bereit, als Vermittler zwischen uns und der 2. Internationale eine gemeinsame Besprechung der drei Organisationsgruppen zu veranstalten. Ich erwiderte ihm, daß er von einer ganz falschen Voraussetzung ausgehe, wenn er meine, es könne sich hier um eine Zusammenkunft zwischen uns und der 2. Internationale handeln; wir seien nur nach Amsterdam gekommen, um zu der Reparationsfrage Stellung zu nehmen, wobei uns die Mitwirkung der Gewerkschaftsinternationale durchaus willkommen sein würde. Mit der 2. Internationale zu verhandeln, dazu seien wir weder von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien beauftragt, noch würde unserer Auffassung nach die Sache dadurch gefördert, sondern nur neue Verwirrung gestiftet werden. In gleichem Sinne sprachen sich andere Genossen aus. Da wir also auf die gemeinschaftliche Beratung mit der 2. Internationale uns nicht einlassen konnten, die Gewerkschaftler aber nicht mit uns allein verhandeln wollten, mußte die Besprechung schließlich abgebrochen werden.

Es gibt keine Dummheit, deren Vaterschaft Ledebour nicht

selbst in Anspruch nimmt. Nach uns diesen Zeilen scheint hervorzugehen, daß nicht alle Vertreter der Wiener Internationale sich gegen eine gemeinsame Besprechung erklärten, denn Ledebour erzählt nur von „anderen“ Genossen, die im gleichen Sinne wie er sprachen, nicht aber von allen anderen. Die von Ledebour angeführten Gründe sind äußerst dürftig; inwiefern eine solche gemeinsame Erklärung „nur neue Verwirrung gestiftet“ hätte, darüber bleibt er natürlich die Erklärung schuldig. Ueberhaupt: Ledebour als Bekämpfer der Verwirrung. . . .

## Sanktionen und Tschechoslowakei.

Von Eingang in die Tagesordnung der Vorstandskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei, die Mittwoch, den 6. April in Leipzig stattfand, beantragte Genosse Schäfer die nachstehende Resolution, welche zum Beschluß erhoben wurde:

Die Ausführung der Bedingungen des Pariser Gewaltsfriedens gegen die unterlegenen Länder, insbesondere gegen Deutschland und Österreich, geschieht völlig im Geiste der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, beunruhigt die sich nach einem wirklichen Frieden schneidenden Völker und hindert die wirtschaftliche Gesundung der Welt. Mit der im Internationalen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiterklasse der westlichen Staaten übereinstimmend, verurteilen die deutschen Gewerkschaften in der Tschechoslowakei diese Politik und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Fragen des Wiederaufbaues nur in freundschaftlichem Zusammenwirken aller Völker nach den Grundätzen des Sozialismus und unter Mitwirkung der organisierten Arbeiterklasse gelöst werden können. Die Vorstandskonferenz warnt die tschechoslowakische Regierung, sich als Werkzeug gegen Deutschland bei der Durchführung der sogenannten wirtschaftlichen Sanktionen mißbrauchen zu lassen und sich in den Dienst dieser, nur dem Ententeimperialismus dienenden Maßnahmen zu stellen. Im Namen der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiter der Tschechoslowakei verwahrt sich die Vorstandskonferenz gegen den möglichen Versuch der Regierung, die Entscheidung über die Mitwirkung an den wirtschaftlichen Sanktionen in den händigen Ausschuss zu verlegen, sondern verlangt, daß in öffentlicher Parlamentsitzung darüber verhandelt und entschieden wird. Die Beteiligung der Tschechoslowakei an den wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Deutschland muß abgelehnt werden, insbesondere die Arbeiterklasse aller Nationen dieses Staates hat das schlimmste für ihre Zukunft zu befürchten, wenn sich die Tschechoslowakei dem Befehl der Alliierten fügt und den wichtigsten Schritt unternimmt. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wird sich die deutsche Arbeiterklasse zusammen mit der übrigen Arbeiterklasse des Staates gegen eine derartige verhängnisvolle Politik wenden, die unsere Industrie lahmlegen, die Zufuhr von Lebensmitteln gefährden würde, Hunger und Arbeitslosigkeit für die Arbeiterklasse zur Folge hätte.

Damit haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Regierung ihren Willen kundgegeben, und die deutsche sozialdemokratische Presse drüben warnt die Regierung davor, an dieser Willenskundgebung achtlos vorüberzugehen.

## Gompers tritt aus.

Washington, 11. April. (Havas.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington hat der Vorsitzende der amerikanischen Gewerkschaften Samuel Gompers dem Sekretär der gewerkschaftlichen Internationale, Dubegeest, mitgeteilt, es sei nunmehr unmöglich geworden, daß die amerikanischen Gewerkschaften noch an der Internationale teilnehmen. Das Ziel der amerikanischen Gewerkschaften sei immer gewesen und könne nur sein, eine Besserung der Lage der Arbeiter zu erstreben, während der politische Charakter der gewerkschaftlichen Internationale auf die Sozialisierung der Industrie und auf den Sturz der amerikanischen Regierung abzielt. Das widerspreche den Interessen der amerikanischen Gewerkschaften.

## Kommunistische Eisenbahntäter.

Erfurt, 11. April. (RTS.) Wie die Thüringer Allgemeine Zeitung meldet, verhandelte das Sondergericht in Erfurt gegen die Urheber des Dynamitanschlages auf die Eisenbahnstrecke Erfurt-Gotha in der Nähe von Erfurt. Sämtliche Angeklagte bekamen sich als Angehörige der kommunistischen Partei. (Wfo war es doch nicht „Orgech und ihre Spießgesellen“, wie die „Rote Fahne“ behauptet.) Das Urteil lautete gegen den Zuschläger August Köhler auf sechs Jahre, den Schlosser Walter Jacob fünf Jahre, den Arbeiter Karl Orphol sechs Jahre und den Schneider Wilhelm Voelkau sieben Jahre Zuchthaus sowie auf je zehn Jahre Ehrverlust.

Das Sondergericht in Raumburg a. d. S. verurteilte nach Meldung des „L.A.“ die Arbeiter Richard Walter und Wilhelm Rinne, die beide zur Hölz-Bande gehörten, zu lebenslänglichem Zuchthaus. Beide sollen in der rücksichtslosesten Weise geraubt und geplündert haben.

Das außerordentliche Gericht in Hagen i. W. verurteilte eine Anzahl Kommunisten, die den Ruch auf Gevelsberg gemacht hatten, zu Strofen von zwei Jahren Gefängnis bis vier Jahren Zuchthaus. — Das außerordentliche Gericht für den Landgerichtsbezirk Essen a. d. R. verurteilte den Parteisekretär der KAPD. Mathias Rübhausen aus Gelsenkirchen wegen Aufruhrs zum bewaffneten Aufruf zu vier Jahren Zuchthaus.

Nach Meldung des „L.A.“ wurde in Gröbers ein 20jähriger Arbeiter verhaftet, der gefaßt, einer der Haupttäter bei dem am Schuppelsteinen begangenen Reichensverbrechen gewesen zu sein. Er habe mehreren toten Schuppelsteinen die Ohren abgeschliffen und Augen ausgeflochen. Die Meldung ist sonst nicht bestätigt.

## Kommunisten und Sozialisierung.

In kaum noch zu überbietender Demagogie schaltet die „Rote Fahne“ für ihre Agitation den von uns wiedergegebenen Sozialisierungsversuch für die Kali-Industrie aus. Sie stellt in den Vordergrund ihrer Darlegungen, daß ein großer Teil der Kalibergwerke stillgelegt werden muß, um die Gestehungskosten herabzusetzen und so den Abfall von Kali durch seine Verbilligung zu steigern. Nur ganz nebenher deutet sie an, daß nach dem Vorschlag der Arbeitervertreter, u. a. Cohen, Umbreit, Bissel, Hilferding, die gesamte Kaliproduktion enteignet werden soll, um nunmehr eine Stilllegungsaktion auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage durchzuführen. Sonst der selbstverständlichen Folge, daß bei diesem Verfahren eine große Zahl der von der Stilllegung unwirtschaftlicher Werke betroffenen Arbeiter in den nun stärker produzierenden günstig arbeitenden Unternehmen Arbeit und Lohn finden würde, weiß die „Rote Fahne“ natürlich nichts. Ebenso gleitet das Kommunistenorgan mit einem überlegenen Lächeln über die Forderung hinweg, daß die durch eine Stilllegung geschädigten Arbeiter von der Kaligemeinschaft oder vom Staate zu entschädigen wären. Das alles, um mit Kraftworten wie Schwindel, Betrug und Bankrott die auf den wirtschaftlichen Fortschritt hinarbeitenden Sozialisten wörtlich als „Banditen“ kennzeichnen zu können.

Für die Kommunisten ist das Sozialisierungsproblem ja viel einfacher. Das Programm würde ungefähr so lauten: Man sprengt die Schächte in die Luft, jagt alle Betriebsführer davon und läßt die Angehörigen der Arbeiter nachhangeln. Es lohnt sich ja nicht, daß man außer bemessenen „Aktionen“ auch noch positive wirtschaftliche Forderungen versetzt. Die Kommunistenheher sind darüber längst erhoben.

## Rechtsgültigkeit der Höchstmietenverordnung

Die Hausbesitzerorganisationen behaupten, trotz der vom Reichsjustizministerium im Reichstag abgegebenen, im Justizministerialblatt unter dem 24. Dezember 1920 veröffentlichten Erklärung, den Mietern gegenüber immer noch, daß die Höchstmietenverordnung rechtswirksam sei. Demgegenüber erfahren die „F. F. N.“ von gut informierter juristischer Seite, daß der größte Teil der Landgerichte die Rechtsgültigkeit der Verordnung bereits bejahen hat. In einem Urteil vom 1. Februar 1921 hat auch das Oberlandesgericht Celle in längeren rechtlichen Ausführungen, die eingehend auf die Einwände der Hausbesitzerorganisationen zurückkommen, dargelegt, daß ein Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Verordnung, insbesondere auch des § 6, gar nicht möglich sei. Ausdrücklich weist auch das Oberlandesgericht darauf hin, daß die durch das Reichsgegesetz vom 11. Mai 1920 erfolgte Bestätigung der Verordnung nicht erforderlich gewesen sei.

## Der Bettlerstaat.

Wien, 11. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das neue Personalsteuergesetz läßt trotz des unbefriedigenden staatlichen Finanzjähres bis 30 000 Kronen jährlich Steuerfrei, weil sie tief unter dem Existenzminimum liegen.

## Demokratien gegen Selbstbestimmung?

Paris, 11. April. (Til.) Nach Havas meldet „Petit Parisien“: Italien und die kleine Entente verhandeln über eine Formel, um die Rückkehr Ungarns für immer gegen Vorfälle wie die Heise Karl Habsburgs zu sichern. Daß Blatt erfährt weiter, Deutschland solle mitgeteilt werden, daß eine Volksabstimmung in Tirol und Salzburg, die für den 24. d. Mts. „von den Alldeutschen vorgeschlagen“ (von den Landtagen einstimmig beschlossen! Red.) worden ist, nicht zustandekommen darf, da sie im Widerspruch mit dem Vertrag von St. Germain steht.

## Bauernbewegung in Zentralrußland.

Helsingfors, 11. April. (OG.) Die Bauernbewegung in Zentralrußland, unter Führung Antonow, hat sich, nach einer Meldung der Rostauer „Iswestija“, über die Gouvernements Tambow, Saratow, Boroneß und Orel ausgebreitet. Die örtlichen Bauernkomitees organisieren Kampfaktionen, nach dem Ruff der Scharen Nachnos. In ihrem Programm versprechen sie die Wiedereinführung des Privateigentums und eine teilweise Denationalisierung der Industrie, was die „Iswestija“ als gleichbedeutend mit der Rückkehr der russischen Kapitalisten bezeichnen, während die Sowjetregierung sich nur auf die Heranziehung der ausländischen Kapitalisten beschränkt. Die Aufständischen beabsichtigen, wie das Blatt mitteilt, nach dem Sturz der Kommunisten ihre Truppen zu Zwecken des Sicherheitsdienstes aufrechtzuerhalten. Die „Iswestija“ erklärt die Aufstände für ein Werk der Sozialrevolutionäre, das auf Einberufung einer Konstituante ausgehe, obwohl Antonow vorläufig nur von der Einsetzung lokaler Verwaltungsorgane spreche. Der an der Spitze der Bewegung stehende „Bund der wertigen Bauernschaft“ hat tatsächlich die Porate der Konstituante auf sein Programm gesetzt. Gegen die Aufständischen sollen etwa 100 000 Rotarmisten zusammengezogen worden sein. In zahlreichen Landgemeinden des Tambowischen Gouvernements herrscht völlige Anarchie. Die Rostauer „Pravda“ bemerkt hierzu, daß die Anarchisten nunmehr ihr Haupt erhoben haben, unter Ausnutzung der nach Niederwerfung des Kronstädter Aufstandes unter den Arbeitern und Bauern andauernden Gärung. Die Aufständischen lehnen die zentralrussische Politik der Kommunisten ab.

## Affoziierte, gebt Rechenschaft!

London, 11. April. (D.A.) Die britische Regierung hat durch ihre Vorkämpfer in Paris und Rom eine Demarche unternommen lassen, um sich über Inhalt und Bedeutung der von Frankreich und Italien in London geschlossenen Abkommen mit der nationaltürkischen Regierung von Angora zu vergewissern.

## Interparlamentarischer Rat.

Der Interparlamentarische Rat, der Gesamtverband der Interparlamentarischen Union, dem ja zwei Mitglieder der nationalen Gruppen angehören, tritt am 12. April unter dem Vorsitz seines Präsidenten Lord Weardale in Genf zu einer Sitzung zusammen, an der auch die deutschen Mitglieder Prof. Dr. Walter Schücking, M. d. R., der jetzige Vorsitzende der deutschen Gruppe, und Prof. Richard Eichhoff, früher M. d. R., teilnehmen werden. Der Rat ist hauptsächlich berufen worden, um die im August d. J. in Stockholm stattfindende Interparlamentarische Konferenz vorzubereiten, auf deren Tagesordnung vornehmlich folgende Gegenstände stehen: 1. Die Interparlamentarische Union und der Völkerbund; 2. die Interparlamentarische Union und das Internationale Arbeitsamt; 3. die Abrüstung; 4. das internationale wirtschaftliche und finanzielle Problem und der Völkerbund; 5. Organisation des Untersuchungs- und Vermittlungsverfahrens vor dem Völkerbund. Außerdem wird der Rat sich mit einer Anzahl geschäftlicher Fragen und einem Vorschlag beschäftigen, wonach die einzelnen Gruppen angefordert werden sollen, bei ihren Parlamenten und Regierungen geeignete Schritte zu tun, um diese zur Annahme bestimmter Entwürfe und Wünsche zu bestimmen, die von der ersten Versammlung des Völkerbundes im November und Dezember o. J. gebilligt worden sind. Vorausichtlich werden hervorragende Politiker aus allen Kulturstaaten, frühere Minister und führende Parlamentarier an der Genfer Tagung teilnehmen. Unser dänischer Genosse Abg. Borch-jerg ist gleichfalls hingereist.

Simons' Reiseabenteuer. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat der Minister bei der Ueberkreuzung der italienischen Grenze auf seinem Ausflug keinerlei Schwierigkeiten gehabt, da er außer dem italienischen Passwort besonders Grenzempfehlungen des hiesigen italienischen Vorkämpfers besaß. Die beteiligten italienischen Beamten haben sich dem Minister gegenüber bei dem Grenzübertritt ebenso pflichttreu wie höflich gezeigt.

Die Beerdigung der ehemaligen Kaiserin. Anlässlich des Todes der früheren Kaiserin erfahren die WPA., daß bereits vor Monaten Verhandlungen geschlossen worden sind zwischen dem Hofmarschallamt und der preussischen Regierung über die Beerdigung in Potsdam. Den Abmachungen, die die Beerdigung bis in alle Einzelheiten regeln, hat auch das Haus Doorn damals zugestimmt. Die Leiche der früheren Kaiserin wird nach einer Trauerfeier, welche in Doorn am Donnerstagabend abgehalten wird, nach Wildpark übergeführt werden, wo die Beisetzung am Sonntag vormittag im Mausoleum bei dem Neuen Palais erfolgt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Sächsische Landarbeiterkonferenz.

Ueber die Neuregelung des Lohns für die sächsischen Landarbeiter, die darüber geführten Verhandlungen mit den Unternehmern und die nunmehr einzuschlagende Wege beriet Sonntag eine Konferenz von Delegierten der Ortsgruppen des Sächsischen Landarbeiterverbandes, Bau Sachsen, in Dresden. Lauter Dresden berichtete über den Stand der Dinge. Die Löhne der sächsischen Landarbeiter, die sich um 2,50 M. per Stunde bewegen, sind der Erhöhung dringend bedürftig, und eine solche von 50 Proz. muß eigentlich verlangt werden. Aber nicht einmal eine solche von 25 Proz. war den Unternehmern in den geführten Verhandlungen abzurufen. Unter den unbekanntesten Vorwänden der „Unmöglichkeit“ usw. machten sie, von der Gestaltung der künftigen Getreidewirtschaft abhängig, der Arbeiterschaft ganz unannehmliche Gegenanträge. Unter dem Vorwand, daß die Lohnsätze von einer sofortigen Lohnhöhe wollten sie nichts wissen und suchten überhaupt die Sache in die Länge zu ziehen. Redner ist der Meinung, daß man den Herren endlich ein Ultimatum stellen müsse.

Die Aussprache zeigte, daß man den Streik als das einzige helfende Mittel ansah. Löhne vom Hauptverdienst rief von Unüberlegtheiten und als zu schroffem sofortigen Vorgehen ab und legte eine Entschliebung vor, die besagt, daß die Konferenz auf der Erfüllung der gestellten Forderung besteht, und beauftragt die Gewerkschaft, dem Arbeitgeberverband als letztes Entgegenkommen mitzuteilen, daß in der Verhandlung am Dienstag, den 12. April, 15 Proz. Erhöhung auf den bisherigen Gesamtstundenlohn und 20 Proz. auf den Stundenlohn für Arbeiter und Arbeiterinnen bei freier Station bewilligt werden müssen unter der Voraussetzung, daß vor der Ernte eine neue Regelung der Löhne stattfindet. Sollte der Arbeitgeberverband ein solches Zugeständnis nicht machen, so wird die Gewerkschaft ermächtigt, geeignete Maßnahmen zur Durchführung des letzten Entschlusses anzuordnen.

### Zur Landarbeiterbewegung in Pommern.

Einen glänzenden Erfolg hat der Deutsche Landarbeiterverband im Kreise Cammin nach einer Mitteilung unseres Stettiner Parteibüros errungen. Da die Landbündler die Bezahung des Restlohnes auf Grund des alten Tarifs und den Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit dem Landarbeiterverband verweigerten, traten die Mitglieder desselben in einer Anzahl von Orten am 4. April in den Ausstand. Bis hierher ist der Kreislohn gemeldet worden, daß auf 18 Gütern nach einstägigem Streik, teilweise auch ohne Kampf der Restlohn ausbezahlt und auf 7 Gütern der Abschluß eines bis März 1922 geltenden neuen Tarifs mit 20prozentiger Lohnerhöhung erzielt wurde.

Hoffentlich werden auch die übrigen Besitzer den gerechten Forderungen der Arbeiter nachkommen, damit eine Störung der Produktion verhindert wird. Bemerkenswert ist, daß es der Arbeitergruppe des Landbundes nicht gelang, einen Tarif für den Kreis abzuschließen, sondern teilweise nur Einzelkontrakte.

Aus dem Kreise Regenwalde wird gemeldet, daß die Arbeit auf 25 Gütern wegen der Weigerung der Besitzer, einen neuen Tarifvertrag abzuschließen, niedergelegt worden ist.

Die von uns in Nr. 187 wiedergegebene Meldung der U. dürfte danach keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben.

### Hungerlöhne in der Feuerwerksindustrie.

Uns wird geschrieben: Die Löhne in der Feuerwerksindustrie verdienen einmal der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Bei der Firma Rich. Engel in Berlin-Weißensee sind etwa 20 junge Mädchen im Alter von ungefähr 14 bis 17 Jahren beschäftigt. Für ihre noch nicht abgeschlossene Arbeit erhalten sie einen Wochenlohn von rund 32 M. — Rechnet man nicht besser liegen die Dinge bei der Kunstfeuerwerksfabrik Deichmann & Co. in Berlin-Mahlow. Dort arbeiten bis vor kurzem ungefähr 50 Mädchen, 10 Karikanten und 2 Handwerker an der Herstellung von Bomben, Knallfäden und sonstigen Feuerwerksartikeln. Explosionen und Verletzungen sollen schon öfter vorgekommen sein. Und dabei wurde nur ein Stundenlohn von 1,50 bis 1,70 M. bezahlt. Die männlichen Arbeiter erhielten 2 M. und die älteren 3 M. Frösche wurden im Accord mit 1,10 M. pro Gros berechnet, doch soll dieser Preis — vielleicht weil der Verdienst noch zu hoch erschien — auf 90 Pf. herabgesetzt worden sein. Zwischen ist ein Teil der Beschäftigten ohne Kündigung entlassen worden.

Der Einlander der Zukunft knüpft an die Schilderung der Hungerlöhne die gewiß berechtigte Frage, ob es nicht möglich sei, die Arbeitgeber zur Zahlung besserer Löhne zu zwingen und ob hier nicht die Jugendämter eine Rolle mitzusprechen hätten. Bemerkenswert dürfte noch sein, daß die zuletzt genannte Firma das Feuerwerk für den „Lunaparc“ liefert.

### Wer muß nach Weimar?

Zur Wahl der Verbandsdelegierten im Zentralverband der Angestellten wird in Mitgliederkreisen eine lebhafteste Agitation entfaltet. Charakteristisch ist, daß für die der Geschäftsleitung nachstehende Liste I der ganze Apparat der Organisation in Bewegung gesetzt wird. Die Kollegen und Kolleginnen wissen aber genau, daß ihnen die Kandidaten dieser Liste keine Garantien für die energische Abwehr der kommunistischen Gewerkschaftsagitation bieten. Es muß alles daran gesetzt werden, alle Stimmen auf die Liste 3 zu vereinigen, die den Verband vor parteipolitischer Zerstückelung bewahren und seine Kampfkraft auf das höchste Maß steigern wollen.

### Franz Krüger, Max Mayus, Georg Hof

zu bereinigen, die den Verband vor parteipolitischer Zerstückelung bewahren und seine Kampfkraft auf das höchste Maß steigern wollen.

Gewählt wird am Donnerstag, den 14. April, von mittags 12 bis abends 9 Uhr. Die 82 Wahllokale sind in Nr. 6 des „Berliner Anzeigers“ bekanntgegeben. Es kann unter Vorlegung des Mitgliedsbuches in jedem beliebigen Wahllokal gewählt werden.

Gewählt wird nur Liste 3.

### Die Kommunisten „marschieren“.

Eine stark besuchte Branchenversammlung der im Metallarbeiterverband organisierten Hobler, Stoher, Pöbner und Präfer tagte am Sonntag in den Sophienhallen. Auf der Tagesordnung stand der Jahresbericht der Branchenleitung und die Neuwahl derselben. Den Jahresbericht gab Paillarge. Eine Debatte darüber fand nicht statt. Zur Neuwahl der Branchenleitung waren zwei Listen eingereicht, und zwar eine paritätische der U.S.V.D. und der S.V.D.-Kollegen und eine der S.V.D. In der Debatte bemühte sich Reblhose mit allen möglichen und unmöglichen Verdrehungsmitteln die Kollegen davon zu überzeugen, daß alles Heil nur von der R.S.D. zu erwarten wäre. Besonders interessant war es zu hören, als Reblhose erklärte, die Vorgänge in Mitteldeutschland wären aus der wirtschaftlichen Not geboren, und im nächsten Satz sagte er dann: die Bergleute und sonstigen Arbeiter in Mitteldeutschland hätten sich Löhne errungen, vor denen die Berliner Dreher sich schämen müßten. Den Widerspruch, der darin liegt, hat er wohl selbst nicht bemerkt. Nam trat wirkungsvoll Kuttler entgegen. Dessen Ausführungen löschten den Jörn und lebhaften Widerspruch der Kommunisten auslösten. Die darauf stattgefundenen Abstimmungen ergaben eine sehr starke Mehrheit für die gemeinsame Liste der S.V.D. und U.S.V.D.-Kollegen. Mit der Zeit kehrt auch bei den Metallarbeitern die Vernunft zurück.

### Zum Streik der Friedhofdarbeiter.

Vom Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter wird uns geschrieben: Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in seiner Sonderausgabe vom Montag eine köstliche „Ausfärbung“ streikender Friedhofdarbeiter. Wir müssen uns ganz entschieden dagegen wenden, daß man, ohne den Beweis dafür zu erbringen, behauptet, die Streikenden hätten die in dem Bericht erwähnten Ausschreitungen verübt. Als eine Niedertracht muß es bezeichnet werden, wenn man die Arbeiterschaft des jüdischen Friedhofes in Weissenhof des Diebstahls von 40 Bohlen bezichtigt, da selbst die jüdische Gemeinde bisher keine Veranlassung genommen hat, die Streikenden damit in Zusammenhang zu bringen.

Der Zweck der Werbung ist zu offensichtlich. Man versucht mit allen nur denkbaren Mitteln, Stimmung für ein Eingreifen der Polizei zu machen. Letztere hätte nämlich bisher keinerlei Grund zum Einschreiten, weil die Streikenden den Kampf nur mit gewerkschaftlichen Mitteln geführt haben. Dieses wird auch weiter geschrieben. Wir warnen die Streikenden ausdrücklich davor, sich provozieren zu lassen und sich an Ausschreitungen zu beteiligen.

Die Kirchengemeinden nehmen weiter eine herausfordernde Haltung ein. Der „Lokal-Anzeiger“ brachte in seiner Sonntagsausgabe ein Inserat, in welchem Arbeitswillige auf den Berliner Friedhöfen gesucht werden. Interessant ist, daß die Einzustellenden einer christlichen Organisation angehören müssen. Die Bestimmung des Betriebsabgabegesetzes, daß eine Einstellung von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation nicht abhängig gemacht werden darf, scheint für die Kirchengemeinden nicht zu erfüllen. Welches Geschrei würde man aber im umgekehrten Falle erheben.

Die Streikenden kämpfen um ihre Existenz. Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der Berliner Arbeiterschaft. Jeder Arbeitswillige, der sich den Kirchengemeinden zur Verfügung stellt, muß als Streikbrecher betrachtet werden.

Der Geschäftsführende Ausschuss des freigewerkschaftlichen Jugendartells Berlin, Engelauer 15, 1. Treppe, hat sich in seiner ersten Sitzung konstituiert und zum Vorsitzenden Siegle (Gewerkschaftskommission), zum stellvertretenden Vorsitzenden Reihner gewählt. Gleichfalls hat er sich mit wichtigen Fragen und mit Anträgen beschäftigt, die ihm bereits zugegangen sind. Sendungen jeder Art, die über den Rahmen der einzelnen Organisation hinausgehen, sind an obige Adresse zu senden.

Der Streik im Möbeltransportgewerbe ist durch Verhandlungen am Sonntag beigelegt worden. Die Arbeit ist in allen Betrieben am Montag früh wieder aufgenommen worden.

### Ausperrung in der Dresdener Zigarettenindustrie?

In Dresden, der Zentrale der Zigarettenindustrie, werden, wie der Telemobil-Sachdienstoff meldet, voraussichtlich 12 000 bis 14 000 Arbeiter ausgesperrt werden, weil die Forderung der Raskinisten (sie verlangen eine wöchentliche Zulage von 75 M.) eine Einigung bisher verhindert hat. Mit den übrigen Arbeitern haben sich die Unternehmer geeinigt. Auch in anderen Orten sind bereits Differenzen ausgebrochen, so daß die Gefahr besteht, daß die gesamte Zigarettenindustrie Deutschlands ihre Betriebe schließt.

Graphische Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Berlin, Donnerstag, abends 6 Uhr, bei Spinnung, Alexanderplatz 44, Sitzung aller Funktionäre der Amsterdamer Richtung. Da es sich um wichtige Mitteilungen, die Urnacht betreffend, handelt, darf kein Funktionär fehlen.

Metall-, Papier- und Holzarbeiter, Verammlung aller im Deutschen Metallarbeiterverband und Holzarbeiterverband organisierten Kollegen und Kolleginnen, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen, Donnerstag 7 Uhr, Schule Weimarschtr. 16/17. (Adresse dort Tafel.) Tagesordnung: „Was geht in unserer Industrie vor?“ Gewerkschafts- und Parteibuch legitimiert.

Verfallener Transportarbeiter-Verband, Sektion 1, Schreberstr. 11, Mittwoch, 1 Uhr, bei Biedersteht, Pilsener-Str. 22, Gruppenversammlung. Gäste: Inaugurationsbrüder Mittwoch, 4 Uhr, im „Englischen Hof“, Klegandstr. 27, Bericht der Lohnkommission.

## Aus der Partei.

### Wiederaufnahmeverfahren im Falle Debs.

(P.S.) Auf Veranlassung des Präsidenten Harding ist das Verfahren gegen Eugene V. Debs, der fünfmal sozialistischer Kandidat für die Präsidentschaft war und zuletzt eine Justizstrafe von 19 Jahren wegen Uebertretung von Kriegsdienstgesetzen verbüßt, vom Generalstaatsanwalt wieder aufgenommen worden. Ein Begnadigungsvorschlag des früheren Generalstaatsanwalts war von Wilson noch in den letzten Tagen seiner Präsidentschaft abschlägig beschieden worden.

Infolge dieser Anregung Hardings haben die Sozialisten ihren Plan, das Weiße Haus zu boykottieren, aufgegeben, womit sie im April am zweiten Jahrestag des Gasttritts von Debs beginnen wollten und womit eine Kampagne zur Amnestierung aller der politischen Gefangenen eingeleitet werden sollte, die während des Krieges unter dem Spionagegesetz verurteilt worden waren. Die Sozialistische Partei hat folgende Erklärung veröffentlicht: „Wir sind naturgemäß erfreut, zu erfahren, daß Präsident Harding den Generalstaatsanwalt Mr. Daugherty aufgefordert hat, das Verfahren gegen Eugene V. Debs wieder aufzunehmen. Wir setzen voraus, daß dies der erste Schritt zur Befreiung von Debs ist, und hoffen, daß er in aller Kürze entlassen wird.“

## Soziales.

### Die Kriegsgefangenenforderungen.

Die vielfach umkämpften Kriegsgefangenenforderungen sind nunmehr nach Herausgabe der Richtlinien vom 19. März 1921 der Reichsgerichtsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in ihrer ersten Etape zum Abschluß gelangt. Aber die Forderungen der Kriegsgefangenen sind damit nicht restlos erfüllt. Diese Kriegsopferkategorie ist durch die längere unverschuldete Dauer des Krieges durch die Gefangenschaft besonders geschädigt und es bedarf einer gewissen Kenntnis, über diese vielfachen Räte erschöpfend Bescheid zu wissen, jedoch gibt die jüngst eingereichte Denkschrift der Kriegsgefangenenorganisationen über einen Steuererlaß auf Einkommen unter 20 000 M. einen gewissen Hinweis, wo es fehlt. Schwierig ist es, die schwer ruinierteren Gefangenen wieder aufzurichten. Leider herrscht teilweise nur zu sehr berechtigt eine gewisse Erbitterung gegen einzelne beherrschende Stellen. Es wäre im Interesse der Heimkehrer nur als begriffswert zu betonen, wenn man sich nicht immer an die starren bürokratischen Formen halten würde, sondern versuchen würde, die Räte und Klagen rein individuell zu behandeln.

Außenstehende erweisen dieser Kriegsopferkategorie viel zu wenig Interesse. Gerade bei den Kriegsgefangenen gilt es zu einem großen Teil an dem Wiederaufbau der Heimat beizutragen, das um so mehr, wenn sich um diese Gemeinschaft auch noch ein großer Teil anderer schart. Schon 1919 haben die Kriegsgefangenen mahnend die Wiederaufbauarbeit im zerstörten Gebiet geleistet und somit einen Teil der Wiedergutmachungsschuld abgetragen. Ueber eine Entschädigung hat im übrigen noch keine Regierungsstelle etwas verlauten lassen. Doch wird es Aufgabe der betreffenden Organisationen sein, über diesen Punkt Arbeit zu schaffen, wozu notwendig ist, daß, wie im gewerkschaftlichen Leben, die Heimkehrer geschlossen hinter ihrer Organisation stehen. In dem Wiederaufbauplan des Reiches sollte man also keinesfalls die Heimkehrer mit ihrer Eigenart vergessen. Sie werden sicherlich bei den zu lösenden Problemen ein ernstes Wort mitzusprechen können. Je breiter aber die Arbeitsbasis geschaffen wird, je mehr Kräfte vorhanden sind, desto größer ist der Erfolg.

Es muß aber bei der Bewirkung aller dieser Pläne vorausgesetzt werden, was bei den Kriegsgefangenen zu einem gewissen Teil schon vorhanden ist: der Gemeinschaftsgeist. Wenn sich Staat, Gewerkschaften, Kriegsopferorganisationen und sonstige mit wirtschaftlichen Fragen arbeitende Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, wird sicherlich Positives erreicht werden. Wir haben eine gemeinsame Not, diese gemeinsame Not muß uns auch die Handhabe zu einer gemeinsamen Tat finden lassen. Da sind lang gehegte Wünsche und Forderungen der Kriegsgefangenen, die allen Krisen überlebt sind, in friedlicher Weise an dem Wiederaufbau der Heimat mitzuwirken. Den außenstehenden Heimkehrern muß immer wieder gesagt werden, sich innerhalb der Reichsvereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener zu organisieren, um somit an der Erfüllung der gestellten Aufgaben mitzuwirken. Die Nichtkriegsgefangenen sollten mit größerer Aufmerksamkeit als vorher derjenigen Kategorie von Kriegsopfern zuhauen, denen Fortschritt Leben und Stillstand Tod ist.

Kurt Großmann.

Seemann, für den redakt. Teil: Dr. Werner Veltzer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wolff, Berlin. Verlag: Fortschritts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Carl Wulfschlagendörfer u. Verlagsanstalt Hans Singer u. Co., Berlin, Invalidenstr. 2, Hierzu 1 Beilage.

**Limanol** vorzüglich bei rheumatischen Erkrankungen. Zu haben in den Apotheken.

# Mode und Sportkleidung

Ersklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind

- |                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Paletots</b> mizenge und farbig, modern verarbeitet . . . . . M. 550, 600, 750, 800, 490                                                           | <b>Anzüge, Serie I</b> außergewöhnl. Leistung, in all. modern. Fassons, vielen Mustern u. Farbpaletten; 1. Klasse Herrenanzug, auch schlanke u. unterlegt vorr. . . . . M. 690 |
| <b>Sportpaletots</b> aus Covercoat, in verschiedener Ausführung; mit Kappnähen oder Blendenbesatz . . . . . M. 600, 650, 750, 550                     | <b>Anzüge, Serie II</b> aus sehr guten Stoff, ganz modern auf Taille und mit Haken-schließe gearbeitet . . . . . M. 780                                                        |
| <b>Schlüpfer und Raglans</b> in englischen Mustern, mit hochqualitativem Kragen, kurz gehalten, ohne Gürt. M. 1000, 950, 800, 725, 550                | <b>Anzüge, Serie III</b> aus kleinem verträglichen Kammgarn . . . . . M. 825                                                                                                   |
| <b>Gummimäntel</b> in guter Qualität, glatt, geköpft, Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen . . . . . M. 750, 800, 850, 450, 375, 325 | <b>Anzüge, Serie IV</b> außergewöhnlich schöne helle Muster, sehr gute Qualität. . . . . M. 990                                                                                |
| <b>Weitermäntel</b> Roemer Form, aus wasserdichtem Strickstoff M. 350, 300, 250, 170                                                                  | <b>Sport-Anzüge</b> mit Dreesche oder Pumphose aus sehr guten Stoffen, nach den neuesten Fassons gearbeitet . . . . . M. 850, 725, 600, 500, 425                               |
| <b>Pelzröcken</b> aus grauen und grünen Strickstoffen, weit geschlitten, sehr preiswert M. 350, 290                                                   | <b>Knaben- und Jünglings-Anzüge</b> in allen Preislagen und verschiedenen Fassons vorrätig.                                                                                    |

Anfertigung nach Maß; eleganter Sitz, erstklassige Verarbeitung! Stoffverkauf an Schneider und Private.

Nur eine Verkaufsstelle

# Baer Sohn

Keine Filialen mehr

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur

In der Morgenstunde Verkauf billiger Sachen